



Politische Berichte

Nummer 14 / 14. Jahrgang

1. Juli 1993

G 7756 D Preis 2,00 DM

Nach dem Somalia-Urteil:
gegen Rüstungsexporte
und Auslandseinsätze, für
Kriegsdienstverweigerung

Mit dem Somalia-Urteil des Bundesverfassungsgerichts (siehe auch unsere Dokumentation auf Seite 10) hat die antimilitaristische und Anti-Kriegs-Bewegung einen weiteren Rückschlag erlitten. Das Gericht hat durch seine Entscheidung, der Bundestag müsse zwar über den Einsatz beschließen, aber mit einfacher, also Regierungs-Mehrheit, die Entscheidung über Krieg und Frieden noch weiter zu einer Opportunitätsentscheidung der jeweils amtierenden Regierung gemacht.

Sowohl die CDU/CSU wie die FDP verstärken nun den Druck auf die SPD, einer Verfassungsänderung zuzustimmen, um Bundeswehreinsätze im Ausland völlig aus dem Makel möglichen Verfassungsverstoßes zu befreien und der Regierung freie Hand beim Auslandseinsatz des Militärs zu geben. Da auch die Grünen pazifistische und Anti-Kriegs-Positionen mit ihrer Zustimmung zu „humanitären Auslandseinsätzen“ geräumt haben, ist die PDS die einzige verbliebene Anti-Kriegs-Partei im Bundestag und in den Ländersparlamenten. Der PDS-Parteitag am letzten Wochenende in Berlin hat darauf die antimilitaristische und Anti-Kriegs-Position der Partei bestätigt. Wir dokumentieren im folgenden den Parteitagsbeschluß. — (rül)

**Schlüß mit der Militarisierung
der Außenpolitik!**

Abzug der Bundeswehr aus Somalia und anderen Orten der Welt!
Das Somalia-Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist ein weiterer Tiefschlag für alle friedenspolitischen Kräfte. Es legitimiert die Beteiligung der Bundeswehr an einem Kampfeinsatz der UNO auf Basis eines Parlamentsbeschlusses, für den es lediglich der Stimmen der Regierungskoalition bedarf. Wer das als „Sieg des Parlaments“ zu verkaufen versucht, lügt sich selbst in die Tasche. Die Bundesregierung kann ungehindert den Kurs der Militarisierung der deutschen Außenpolitik forsetzen. Wer wirklich hoffte, formaljuristisch den weltpolitischen Ambitionen der Bundesregierung Schranken zu setzen, kann nun die Realitäten nicht länger verdrängen.

Seit Wiedererlangen der vollen Souveränität verfolgt die Bundesregierung für die BRD ein Ziel: Teilhabe an der internationalen Machtausübung, auch mit militärischen Mitteln. Systematisch wurde dies vorbereitet: Maßgebliche

PDS beschließt Kampagne gegen BRD-Militarismus

Finanzierung und logistische Unterstützung der Anti-Irak-Allianz, deutsche Minenräumboote im Golf, Bundeswehrsanitäter in Kambodscha, Bundesmarine in der Adria im Rahmen des Jugoslawien-Einsatzes von WEU und NATO, Bundesluftwaffe bei der AWACS-Überwachung des jugoslawischen Luftraumes, Bundeswehr in Somalia. Die Politik des Fakten-Schaffens hatte durchaus Erfolg. So will man mit dem Somalia-Einsatz in einer strategisch wichtigen Region des afrikanischen Kontinents nicht außen vor bleiben und darüber hinaus für die Zukunft weitere Plätze im Sacken militärischer Interventionen einschlagen. Hier liegen die Gründe für die Versuche, militärisch „ins Geschäft“ zu kommen.

CDU/CSU und FDP diskutieren „internationale Verantwortung“ rein militärisch, ein Bemühen um nichtmilitärische Konfliktursachenbekämpfung ist völlig in den Hintergrund gerückt. Dazu paßt auch die Tatsache, daß nach neuesten Erkenntnissen von SIPRI die Bundesrepublik Deutschland weltweit drittgrößter Rüstungsexporteur ist, der zweite Platz nach den USA ist bereits fast erreicht. Es ist zynische Heuchelei, die Welt mit Waffen zu überschwemmen, um dann die eigenen Soldaten zur militärischen „Befriedung“ hinterherzuschicken.

Die Verkleidung dieser Politik als

„humanitäre Hilfe“ ist das Vehikel, mit dem die Bundesregierung ihre Interventionspolitik der Öffentlichkeit verkauft. Der militaristische Geist, der die Außenpolitik der BRD prägt, ändert sich aber nicht dadurch, daß man ihm einen Blauhelm überstülpt. Der UNO-Einsatz in Somalia zeigt, daß es um eine Befriedung mit militärischer Gewalt geht. „Humanitäre Hilfe“, die wie selbstverständlich „Vergeltungsschläge“ einschließlich Massakern an der Zivilbevölkerung beinhaltet, entlarvt sich als das, was sie ist: Die Durchsetzung und Zementierung der Herrschaft der Industrienationen über den Rest der Welt mit dem Einsatz militärischer Gewalt.

Friedliche „Blauhelm-Missionen“, die das öffentliche Bild der UNO maßgeblich prägen, gehören der Vergangenheit an. Nach dem Ende der Ost-West-Blockkonfrontation verschärft sich der Nord-Süd-Konflikt. Es besteht die akute Gefahr einer Neo-Kolonialisierung der sog. Dritten Welt durch die Industrienationen, die sich hierfür sowohl der UNO als auch der Militärbündnisse NATO und WEU bedienen.

Wer auf die enormen politischen, sozialen, ökologischen Herausforderungen dieser Zeit nur zwei Antworten hat, nämlich den Einsatz des Militärs und die eigene Abschottung durch Abschaffung des Asylrechts, der spitzt die Widersprüche zwischen Nord und Süd zu, der

betreibt klassische Großmachtpolitik.

Die PDS ist für wirksame zivile Hilfsleistungen in Somalia und anderswo. Sie ist für eine effektive Politik der nichtmilitärischen Verhinderung von Konflikten, der Vorbeugung und vor allem der Bekämpfung ihrer Ursachen. Dazu gehören an erster Stelle die Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, das Verbot jeglichen Rüstungsexports, die Demokratisierung der UNO durch Stärkung der sog. Dritte-Welt-Staaten.

Die PDS sagt nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr! Nein zu jeder Unterstützungsleistung für Kriegshandlungen! Nein zu Kriegs- und Zwangsdiensten! Nein zu deutscher Interventionspolitik!

Wir fordern den sofortigen Abbruch des Bundeswehr-Einsatzes in Somalia, in Jugoslawien und Kambodscha.

Wir fordern zu massenhafter Kriegsdienstverweigerung auf!

Wir fordern die sofortige Einstellung der Kriegswaffenproduktion und ein Verbot jeglichen Rüstungsexports sowie die drastische Kürzung des Rüstungshaushalts zugunsten der nichtmilitärischen Bekämpfung von Konflikt- und Krisenursachen.

Die PDS unterstützt und fördert bundesweit friedenspolitische Initiativen und Aktivitäten.

Bleiberecht für Roma! Demonstration am 3. Juli

Die Unterstützer der Roma-Fluchtbürg in Dachau, wo inzwischen etwa 200 Roma vorübergehende Sicherheit vor der drohenden Abschiebung gefunden haben, rufen auf zu einer bundesweiten Demonstration: „Setzt Euch ein für ein gesichertes Bleiberecht aller Roma — für Abschiebestopp! Laßt nicht zu, daß die Roma aus der KZ-Gedenkstätte Dachau vertrieben werden! Fluchtbürgen wie die in der KZ-Gedenkstätte Dachau und hoffentlich viele weitere sind die richtige Antwort auf die Abschaffung des Asylrechts, auf die Verfolgung der Flüchtlinge durch den Staat und auf die Morde der Neonazis in Rostock, Mölln und Solingen. Kommt nach Dachau, schützt die Roma, helft mit, durch Spenden die materielle Versorgung zu sichern. Kommt zur bundesweiten Demonstration und Kundgebung am 3. Juli 1993 um 14 Uhr in der KZ-Gedenkstätte Dachau.“

— (aus dem Aufruf)

CDU-Polemik gegen Bun-despräsidenten-Kandidaten

Der Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Rüttgers, hat sich scharf gegen den von verschiedenen Einzelpersonen, darunter Mitglieder von CDU bis Grünen, vorgebrachten Ex-DDR-Bürgerrechtler Jens Reich als Kandidat für den nächsten Bundespräsidenten ausgesprochen. Auch den von Helmut Schmidt wiederholten Vorschlag, Johannes Rau (SPD) solle nächster Bundespräsident werden, lehnte Rüttgers ab. Solche Vorschläge seien „Teil des lächerlichen Umgangs mit unseren Institutionen“. Zum Jahresende sei es früh genug, über einen neuen Bundespräsidenten zu beraten. Rau selbst zu Schmidts Vorschlag: Dazu schweige er schon drei Jahre und „schweige auch weiter“. — (rül)

Waffen nach Bosnien: BRD auf EG-Gipfel isoliert

Mit ihrer Forderung, das Embargo für Waffenlieferungen auf den Balkan aufzuheben und Waffenlieferungen nach Bosnien wieder aufzunehmen, sei die Bundesregierung auf dem EG-Gipfel in Kopenhagen isoliert gewesen, berichten die bürgerlichen Zeitungen. Zum Teil sei Kohl sogar schroff angegriffen worden: Die BRD wolle wohl immer noch überflüssige NVA-Waffen gewinnbringend abstoßen, mit denen dann am Ende englische oder französische Soldaten auf dem Balkan ums Leben gebracht würden, erregten sich Vertreter dieser Regierungen. Tatsächlich zielt die BRD darauf, durch Legalisierung der Waffenausfuhr den Krieg auf dem Balkan weiter anzuhören und das Blutvergießen noch mehr zu steigern, um so weitere Voraussetzung für eine direkte Intervention zu gewinnen. Die Antikriegsbewegung in der BRD sollte diese Kritik der anderen EG-Staaten unterstützen. — (rül)



PKK-Verbot in der BRD?

Innenminister planen Repressionswelle gegen kurdische Vereine

Die Hinweise, daß bei der Besetzung des türkischen Konsulats in München durch Kurden und Kurden keine Geiselnahme geplant war, sondern ein politischer Protest, sind unübersehbar. Auch die Polizei läßt verlauten, die Besetzer hätten nur eine Gaspistole gehabt. Vermutlich durch den Fund zahlreicher Waffen im Konsulat und durch die Erinnerung an das Leid von Angehörigen in Kurdistan ließen sich die Besetzer zu einer Politik der Drohungen hinreißen, ehe sie aufgaben, ohne eine Person verletzt zu haben.

Auch bei den Bomben auf Touristen im türkischen Antalya gab es bis Redaktionsschluß keinen einzigen Hinweis auf eine Aktion der PKK, nur Beschuldigungen der türkischen Regierung. Wer die kurdische Befreiungsbewegung kennt, weiß, daß die PKK bisher noch immer für ihre Aktionen auch die Verantwortung übernommen hat — selbst wenn diese Aktion falsch war. Splitterbombe auf Touristen zu werfen, ist zudem ein klarer Verstoß gegen alle Kriegsregeln,

auf deren Einhaltung die PKK seit Jahren bei ihren Einheiten strikt achtet. Die kurdische Nachrichtenagentur Kurd-HA vermutet deshalb, daß „dunkle Kräfte“ hinter dem Anschlag in Antalya stehen.

Trotzdem scheinen die Regierungsparteien und die SPD entschlossen, die PKK in der BRD zu verbieten. Sowohl Bundesinnenminister Seiter wie das FDP-Präsidium haben sich für ein Verbot ausgesprochen. NRW-Innenminister Schnoor warnte, daß dann die Beobachtung der PKK-Aktivitäten schwerer werde. Das ist leicht gesagt: Die Entscheidung über ein Verbot der PKK trifft der Bundesinnenminister.

Schon jetzt sind die politischen Äußerungsmöglichkeiten für kurdische Organisationen durch das geltende Ausländerrecht extrem beschränkt. Deutsche Behörden arbeiten zudem mit türkischen Sicherheitsorganen eng zusammen. Wenn die BRD-Behörden jetzt noch ein PKK-Verbot beraten, so bedeutet das, daß sie eine Repressionswelle planen, die womöglich unkontrollierte Ver-

zweiflungsreaktionen auf Seiten der Kurdinnen und Kurden regelrecht provoziert. Während ihre Freunde und Verwandten in Kurdistan gemordet werden, sollen sie hier mundtot gemacht werden.

Die kurdischen Vereine verdienen gegen solche reaktionären Angriffe die entschiedene Solidarität aller deutschen fortschrittlichen Kräfte. Um diese Solidarität wirkungsvoll zu machen, ist freilich auch eine Ordnung der Kräfte auf kurdischer Seite nötig. Eine offizielle Institution des kurdischen Widerstands muß dringend geschaffen werden, damit Kurden in der BRD nicht in Konflikten ohne eigene Sprecher türkischen oder deutschen Institutionen ausgeliefert bleibent und Aktionen vollkommen durch die reaktionäre Presse ausinterpretiert werden können. Zu viele „dunkle Kräfte“ sind auch in der BRD gegen die kurdische Bewegung tätig, für türkische und deutsche Behörden, denen offenbar gemeinsam daran liegt, den Emanzipationskampf des kurdischen Volkes im Blut zu erstickern. — (rül)

CDU-Grundsatzkongreß für brutalste Marktwirtschaft

Am vergangenen Wochenende hat die CDU in Bonn einen Sonderkongreß zur Zwischenbilanz der Arbeit an einem neuen Grundsatzprogramm durchgeführt. Helmut Kohl und andere CDU-Sprecher nutzten die Tägung, um die CDU-Programmdiskussion in eine Richtung zu lenken, die auf eine brutal entfesselte Marktwirtschaft hinzielt. Kohl verlangte einen „Umbau des Sozialsystems“. Göhner, Leiter der Programmkommission, ergänzte, die „Zurückführung der zu hohen Lohnzusatzkosten, flexiblere Arbeitszeiten und längere Maschinenlaufzeiten, Deregulierung und Privatisierung“ seien unverzichtbar. Versuche der CDU-Sozialauschüsse, die Entscheidung über das neue Programm bis nach den Wahlen 1994 zu verschieben, scheiterten. Im Frühjahr 1994, vor Beginn der Wahlkampagne, so kündigte Kohl auf dem Kongreß an, will die CDU ihr neues Programm verabschieden. — (rül)

Aktuell in Bonn

Bundeswehr out of Grundgesetz

Noch dürfen laut Grundgesetz deutsche Soldaten nur im Verteidigungsfall und im Nato-Rahmen eingesetzt werden. Doch Stellungnahmen der Bundeswehr sehen das anders. „Der Krieg behauptet sich nach wie vor als Instrument im Arsenal der Politik“, heißt es in der „Information für die Truppe“, Mai 1991. Mit dem Bundeswehr-Liederbuch von 1991 singt der Landser: „... kämpfen wir, so weit die Erde, bald für das, bald für dies.“ Das Blatt „Gebirgstruppe“ (Juni 1992) vollzieht den Schulterschluß mit der Wehrmacht: „Die Wehrmacht kämpfte nicht für eine Ideologie, sondern für ihr Volk, ... für ihre Heimat.“

Kaliningrad und Nazis

In der Zeitschrift *Die Woche* vom 17.6. dokumentieren Rüdiger Kreissl und Karsten Meyer, wie die deutsche Besetzung des ehemaligen Ostpreußens von Neonazis organisiert wird. Schlüsselfigur ist Manfred Roeder, 1980 als Rädelshäger bei rassistischen Anschlägen verurteilt, seit Februar 1990 wieder auf freiem Fuß. Der Bericht belegt: Das von Roeder gesteuerte „Deutsch-Russische Gemeinschaftswerk — Förderverein Nord-Ostpreußen“ und die „Aktion Ostpreußen in der Gemeinschaft Deutscher Osten e. V.“, die von dem Nazi Siegfried Godenau dirigiert wird, nutzen die Angst der russischen Bevölkerung und kaufen Land und Häuser im ehemaligen Ostpreußen, um dort „Deutschstämmige“ aus anderen Teilen Rußlands anzusiedeln. Spenden für die Vereine sind steuerlich abzugsfähig. Mit von der Partie ist Gerhard Frey, DVU.

Niederländische Proteste

„Ich bin wütend. Fünf unschuldige Frauen und Mädchen sind lebend verbrannt, nur weil sie Ausländerinnen sind.“ So lautet der Text auf einer Postkarte, die von mehr als drei Millionen Bürgerinnen und Bürgern der Niederlande unterzeichnet wurde. Die gewichtige Sendung wurde Ende Juni im Bonner Kanzleramt übergeben — Kanzler Kohl war für die Delegation nicht zu sprechen. Vor der deutschen Botschaft in Den Haag häufen sich die schwarzen Kränze. Das Ansehen „der Deutschen“ ist in den Niederlanden — insbesondere unter Jugendlichen — auf den tiefsten Stand seit 1948 gesunken.

Seiters sublimer Rassismus

Die Welt am Sonntag brachte am 20.6. einen Aufruf des türkischen Staatspräsidenten Demirel mit der Überschrift „Wir müssen lernen, zusammenzuleben“, daneben ein Interview mit Innenminister Seiters, CDU. Textproben der Seiters-Aussagen: „Die Ausländerkriminalität ist ein ernst zu nehmendes Problem für die innere Sicherheit ... Der Anteil der Asylbewerber an den Tatverdächtigen insgesamt stieg von 1,3 Prozent in 1984 auf 10,9 Prozent 1992.“ Der letzte Satz ist dreifach demago-

gisch: 1. Ausgangspunkt sind Verdächtigungen, nicht Verurteilungen. 2. Nicht erwähnt wird die gewachsene Zahl der Flüchtlinge seit 1984. 3. Ein großer Teil sogenannten „Ausländer-Straftaten“ beziehen sich auf die Ausländergesetze, d. h. auf Straftatbestände, die Deutsche gar nicht begehen können.

Mineralölsteuer steigt

Ab 1.1.1994 soll die Mineralölsteuer für Benzin um 16 Pfennig je Liter und für Diesel um 7 Pfg. je Liter steigen. Das beschloß am 24. Juni die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Nur am Rande tauchte noch das (sowieso nur demagogisch gemeinte) Argument auf, den Privatverkehr einzuschränken. Es wäre auch nicht zu halten, plant die Union doch zum gleichen Termin eine drastische Senkung der Kfz-Steuer für LKWs. Der BDI hat die Beschlüsse der Union dennoch scharf kritisiert: Durch die Steueranhebung werde die Krise in der Automobilindustrie weiter verschärft.

Abkommen mit Georgien

Gleich mehrere Beistandsabkommen und Abkommen über wirtschaftliche Hilfe hat die Bundesregierung letztes Wochenende mit dem georgischen Präsidenten Schewardnadse abgeschlossen. Nach Presseberichten soll Schewardnadse bei den Verhandlungen auch um militärischen „Beistand“ der BRD gebeten habe, angeblich zur „Friedenssicherung“ im Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan. Das erinnert an die alte reichsdeutsche Georgienpolitik im 1. Weltkrieg: Auch damals strebte der deutsche Generalstab nach der Stationierung deutscher Truppen in Georgien, um so in den Besitz der Ölquellen in Baku zu kommen. Damals führte dieser Plan zu heftigem Streit mit dem türkischen Reich, das ebenfalls nach Baku vordringen wollte, um die Ölquellen in seinen Besitz zu nehmen.

Rühes „Truppenbetreuung“

Die Bild-Zeitung (28.6.) berichtet von einem Konflikt zwischen den Angehörigen der in Somalia stationierten Bundeswehrinheiten und dem Verteidigungsministerium über die vom Ministerium betriebene „Truppenbetreuung“. Das Ministerium wollte „Busen- und Porno-Stars“ zur „Truppenunterhaltung“ nach Somalia schicken. Auch eine „Feldpost“ wie zu alten Kolonialzeiten gibt es schon wieder. Das 3. Korps in Koblenz hat einen „extra Feldpoststempel“ (Aufdruck: „Unterstützungskontingent Somalia“) gefertigt. Bild rät: Wer „unseren Soldaten“ schreibt, kriegt den Stempel: „Ein tolles Ding für alle Briefmarken-Sammler!“

Was kommt demnächst?

Am 29. und 30. Juni berät das Bundesverfassungsgericht über die Klagen gegen den Maastrichter EG-Vertrag. Am 2. Juli berät der Bundestag über den Somalia-Einsatz der Bundeswehr, dann ist „Sommerpause“. Am 9. Juli ist letzte Tagung des Bundesrats. Vom 7. bis 9. Juli ist in Tokio Weltwirtschaftsgipfel. Im September ist CDU-Parteitag. Themen: Innere Sicherheit und Bildung.

Vor dem Bundesparteitag Zählappell bei den Reps

Bis zu 3000 Menschen beteiligten sich am 26.6. an einer Kundgebung des DGB und der Antifaschistischen Initiative (AIA) gegen den Rep-Bundesparteitag in Augsburg. Der türkische Vertreter der AIA forderte ein Verbot aller faschistischen Organisationen und rief auf, den „Asylkompromiß“ zurückzunehmen sowie die Rüstungsexporte einzustellen. Die SPD-Landesvorsitzende, Renate Schmidt, sprach sich für eine doppelte Staatsbürgerschaft, kommunales Wahlrecht und erleichterte Einbürgerung aus. Der DGB-Landesvorsitzende, Fritz Schösser, verurteilte eindrucksvoll jegliche Art rassistischer Politik, wobei insbesondere der Oberbürgermeister und seine CSU-Fraktion ihr Fett abbekamen. Der OB hatte sich nämlich erst nach zahlreichen Protesten gerade noch aufgerafft, die Kündigung des Mietvertrags mit den Reps anzuweisen.

Ein Passus in diesem Vertrag besagte, daß er kurzfristig kündbar sei, wenn Gewalttätigkeiten drohten. Die von den Reps angerufenen Gerichte hatten es mit der ausdrücklich unpolitischen Kündigung leicht. Der VGH urteilte: Der Parteitag muß stattfinden, da die Reps als nicht verbotene Partei dazu verpflichtet sind, und der Staat muß in der Lage sein, für Sicherheit zu sorgen. Die Reps jubelten, und die Polizei sicherte auf bayrische Art: Auf einigen Hauptstraßen und am Bahnhof prüfte man links aussehende Leute auf „passive Bewaffnung“, antifaschistische Transparente wurden inhaltlich begutachtet, einige Transparenten standen am Verkehr gezogen, Kameras an allen Ecken installiert und verdeckte Personen kurzfristig verhaftet. Die öffentliche Aufmerksamkeit war aber entwickelt genug, daß die anschließende Demonstration mit 1-2000 vor allem jungen Leuten stark beachtet wurde. Die Reps dagegen konnten nicht öffentlich auftreten. Damit diese politische Isolierung sich ausweitet, ist eine Kritik am neuen, dritten Partiprogramm wichtig, die wir im folgenden Artikel beginnen wollen. — (baf)

Als einziges Mitglied der Bundesregierung fand Norbert Blüm jüngst in Bild klare Worte gegen die Reps: „Es gehört sich nicht, Republikaner zu sein, sie sind die Schreibtischtäter der Gewalt ... wir dürfen nicht warten bis aus Worten der Gewalt Taten der Gewalt werden.“

Franz Schönhuber, sonst auf staatsmännisch moderate Wortwahl bedacht, konterte öffentlich: „Schämen Sie sich, Herr Blüm ... das deutsche Volk wird Sie mit dem Stimmzettel aus Ihren morschen Tempeln hinausjagen.“

Deutschland und Protest mit dem Wahlzettel, das sind die Stichworte auch für den Bundesparteitag der Reps am 26. und 27. Juni in Augsburg. Mit rund 28000 Mitgliedern und einer Stammwählerschaft bei 5% haben die Reps bundesweit die weitaus besten Chancen,

sich 1994 endgültig im rechten Spektrum zu behaupten und in die Parlamente einzuziehen. Durch eine gezielte Personalpolitik und Kandidatenwahl soll dem schlechten Image der Partei als „Chaospartei“ (Spiegel 25/93) oder als Abzockertruppe aus Hinterbänkern (siehe Stern 14/93) entgegengetreten werden.

Die Landesvorstände werden umgebildet, bekannte Nazis, Zuhälter und Alkoholiker werden in die zweite Reihe verwiesen, um neue Negativschlagzeilen zu vermeiden.

Die engere Parteführung in Baden-Württemberg besteht jetzt aus Christian Käs (Rechtsanwalt, MdL und Landesvorsitzender), Rüdiger Helfer (Kriminalhauptmeister aus Raststatt), Wilhelm Kutschera (Bauingenieur aus Heidenheim), Rolf Wilhelm (Polizeibeamter, MdL, Stuttgart) und Alfred Dagenbach (Gärtnermeister, Heilbronn). Rolf Schlierer, Ex-RCDS und Burschenschaftler, jetztstellvertretender Bundesvorsitzender der Reps und Fraktionsvorsitzender im Landtag, betont nach einigen Fehlern die zunehmende Fachkompetenz der Rep-Parlamentarier in allen politischen Bereichen.

Zum „landesweiten Aktionstag gegen Haß und Gewalt“ am 21. Januar hatte die Rep-Fraktion beantragt, im Landtagsaufruf einen Passus gegen Fremdenhaß zu streichen, um die Vorlage unterstützen zu können. Nachdem sie abgeblitzt waren, erschien zu Beginn des Jahres eine landesweite Flugblattserie, die dazu aufrief, die Mißstände im Land „nicht mit Gewalt, sondern mit dem Stimmzettel zu ändern“. „Wir unterwerfen uns nicht den Betroffenheitsritualen der Meinungsmacher, wir arbeiten an der Zukunft unseres Volkes“, schrieb Christian Käs und bekräftigte die ausgrenzende Idee der Nation als höchste republikanisches Gut: „Vorrang für deutsche Interessen, gegen jede Gewalt, für ein deutsches Heimatrecht der Deutschen in Deutschland.“ Stereotyp grenzt sich Käs ab von rassistischen Mordbrennern, fordert als Mann der Ordnung auch harte Bestrafung. Im nächsten Satz führt er rassistische Verbrechen als Beleg dafür an, daß ein friedliches Miteinander „unterschiedlicher Kulturen und Zivilisationsstufen“ unmöglich sei und letztlich nur zu Raub, Mord, Totschlag und Rassenkrawallen führen könne. Demagogischer Höhepunkt: „Ausländer raus“ wird als anti-rassistische Maßnahme verkauft.

Den Bürgerlichen dienen sich die Reps als Partei an, die den Terror durch die Politik des Stimmzettels entschärft und die das Gewaltmonopol des Staates anerkennt. Der harten Naziszene päsentieren sie sich als einzige durchsetzungsfähige und legale nationale Kraft. Mit Hinweis auf die bisherigen Erfolge in der Asylpolitik wirken die Reps fast schwörerisch auf die Anhängerschaft ein, — (Bernhard Strasdeit)

den nahen Wahlsieg nicht unnötig zu verspielen. In einer Postwurfsendung der Reps zur Hamburger Bürgerschaftswahl heißt es: „Gäbe es uns nicht, hätten sie sich weder in der Asylpolitik noch in der Sicherheitspolitik bewegt ... unser Schatten ist bereits auf den Regierungsberäumen sichtbar.“

Nicht als Schatten, sondern als frakitionsloser Abgeordneter sitzt inzwischen Dr. Rudolf Krause für die Republikaner im Bundestag. Von ihm erhoffen sich die Reps eine Ausstrahlung vor allem auf die rechten Kleinparteien in den neuen Bundesländern. Noch als CDU-Mitglied gab er der Zeitschrift *Nation und Europa* (der „Deutschen Liga“ nahestehend, Herausgeber Peter Dehoust, Harald Neubauer und Adolf v. Thadden) ein Interview, in dem er einen Zusammenschluß von DSU, NPD, DVU, Liga und Reps befürwortete: „Das Trennende soll nicht in den Vordergrund gestellt werden. Eine Partei, die dieses offene, aufrechte, urdeutsche Verhalten ... nicht toleriert, ist Spielball in der Hand deutschfeindlicher Interessenten.“ (NE 6/93)

Rechtzeitig zum Rep-Übertritt erschien im *Nation Europa-Verlag* Krauses Buch „Ende der Volksparteien — Denkschrift zu nationalen deutschen Fragen“.

Ansonsten ist eher der erfahrene Politikertyp gefragt. Mit Dr. Klaus Zeitler holte sich Schönhuber den ehemaligen Würzburger SPD-Oberbürgermeister in die Partei. Mitglied wurde auch Dr. Manfred Ritter, Ex-CSU, früher Landespolizist beim Verwaltungsgericht in Ansbach, zuständig für Asyl- und Ausländerfragen. Udo Bösch, früher CDU, Bundeswehrhoffizier und Ex-Bundesnachrichtendienst(BND)ler befürchtet als Bundesorganisationsleiter die Personalpolitik und sorgt erfolgreich für die „Entganovisierung der Partei“ (so der Vorsitzende des Bundesschiedsgerichts). In Sachsen wurde Günter Bernard, Soziologprofessor und langjähriges SED-Mitglied, zum Landesvorsitzenden gewählt. Bernard war bis vor einigen Wochen Ausländerbeauftragter an der Uni Leipzig. Für Brandenburg ist der frühere Oberster der NVA Hermann Flemming als Vorsitzender im Gespräch.

Franz Schönhuber betont die Stärkung der Ostlandesverbände und begrüßt ausdrücklich die Rekrutierung von alten SED-Kadern, denn: „Wir wollen keine zweite Entnazifizierung.“

Die Darstellung der Reps in den Medien als zerstrittener Chaotenhausen, der die meisten Mandatsträger wieder verliert, ist einseitig, falsch und verharmlost die reale Bedrohung durch diese Partei. Selbst Claus Leggewie, Kenner der Szene, unterschätzt die Reps, wenn er ihnen einseitig „jede Menge Ahnungslosigkeit“ und „Maulheldentum“ vorhält.

— (Bernhard Strasdeit)

Bundesanwaltschaft verdunkelt Hintergrund der Morde von Solingen

Am 16.6. diskutierte der Bundestag über den faschistischen Mordanschlag von Solingen. Nach den Berichten der Presse können sich die Faschisten ermutigt fühlen. Zwar kündigte Bundeskanzler Kohl beim Staatsbürgerschaftsrecht vage Änderungen an. Die von PDS, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und einigen FDP-Politikern geforderte Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft lehnte er in seiner Regierungserklärung jedoch ab. Auch wirksame Verbote gegen die faschistischen Organisationen, die hinter der Welle von Anschlägen stehen, will die Bundesregierung nicht. Stattdessen drohte Kohl rechten und linken „extremistischen türkischen Vereinigungen“ mit Abschiebung. (1)

Dieser politischen Linie entspricht die Ermittlungstätigkeit der Bundesanwaltschaft. Nach wie vor sind keine Anstrengungen erkennbar, die Hinweise auf einen organisierten Hintergrund der Tat aufzuklären. Mehr als zwei Wochen nach den Morden berichtet das *Solinger Tageblatt*: „Ob das Quartett einer rechtsextremen Solinger Gruppe zugerechnet werden kann, beantwortete ein Sprecher der Bundesanwaltschaft mit

einer Gegenfrage: „Gibt's die in Solingen?“ (2) Zwei Tage später berichtet die gleiche Zeitung, daß die Ermittlungsbehörden davon ausgehen, daß es „keine weiteren direkten Tatbeteiligten als die vier jungen Solinger gibt.“ (3)

Selbst wenn das so ist, muß es doch auch um die „indirekten“ Tatbeteiligten gehen, die Drahtzieher und Anstifter. Gezielter Terror ist Teil einer politischen Strategie organisierter Faschisten, die auf die Vertreibung der türkischen Minderheit in der BRD zielt. Wie in der letzten Ausgabe der *Politischen Berichte* berichtet, haben mindestens drei der vier Festgenommenen in der Kampfsportschule *Hak-Pao* trainiert, die seit langem als Bindeglied zwischen organisierten Faschisten und Skinheads funktionierte. Jetzt wurde bekannt, daß aus dieser Schule *einen* Tag nach dem Anschlag mit einem Kleintransporter kartonweise Material weggeschafft wurde. Hinweise darauf ging die Polizei nicht nach. (4)

Mehr noch: Freitag abends trainierten Skinheads und Faschisten auch aus anderen Städten in der Kampfsportschule. darunter namentlich bekannte Mitglie-

der der Freien Wählergemeinschaft Düsseldorf, die als Abspaltung der REP entstand und gute Beziehungen zur Deutschen Liga in Köln hat. Sollte es wirklich nur Zufall sein, daß in der Nacht von Freitag auf Samstag, 29.5., eine halbe Stunde vor dem Anschlag, mindestens 20 Skinheads an genau der BP-Tankstelle in Solingen gesehen wurden, an der die Festgenommenen nach eigener Aussage einen Kanister Benzin als Brandbeschleuniger holten?

Daß Bundesanwalt von Stahl und auch der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor (SPD) den Hintergrund der Morde von Solingen eher verdunkeln, verschafft den Faschisten Raum. M. Rouhs, Ratsherr der Deutschen Liga in Köln, beteuert in der letzten Ausgabe der von ihm herausgegebenen Zeitschrift *Europa Vorn* zwar: „Die Morde von Solingen gehören nicht zu uns.“ In der am 1.6. erschienenen Nummer *wie* er jedoch schon, daß der zuerst Festgenommene 16-jährige in der Kampfsportschule trainierte. Fragt sich nur, woher?

Quellen: (1) WAZ, 17.6.; (2) Solinger Tageblatt, 14.6.; (3) Solinger Tageblatt, 16.6. Kennzeichen D, 16.6. — (wof)



Die Koalition hat ihren Gesetzentwurf zur „Pflegeversicherung“ auf den Weg gebracht. Nur zehn Abgeordnete der CDU/CSU stimmten gegen die Absicht, bei der Lohnfortzahlung „Karentage“ einzuführen. Damit ist die CDA, die 60 Abgeordnete stellt und sich gegen die Karentage ausgesprochen hatte, bereits umgefallen. Vertreter der beiden großen Kirchen haben derweil noch einmal jede Verringerung der kirchlichen Feiertage abgelehnt. Sie plädierten stattdessen für eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit oder weniger Urlaubstage. Über den Grundsatz: Die Lohnabhängigen sollen mehr arbeiten, um für die Kosten der Pflege aufzukommen, herrscht kaum noch öffentlicher Streit — zumindest nicht zwischen den großen Parteien, den Kapitalisten und den Kirchen.

Spätestens seit der Intervention der BRD in den jugoslawischen Bürgerkrieg ist die Politik der BRD überführt, an Konflikten zwischen Menschen verschiedener Sprache oder Weltanschauung innerhalb eines Staates oder Staatenbundes anzuknüpfen und diese anzustacheln. Als stärkste Wirtschaftsmacht der EG, größter Gäßiger und direkter Nachbar hat die BRD außerdem hervorragende Möglichkeiten für eine Politik der Interessenspalzung im bisher weitgehend auf einheitliche Ziele verpflichteten Wirtschaftsraum der Ex-RGW-Länder. In wachsendem Umfang wird diese Politik jetzt zudem durch ethnische Spaltungsbemühungen begleitet. Personal kann sich die BRD dabei bekanntlich auf zwei Reserven stützen: deutsche Minderheiten in Osteuropa und die Landsmannschaften des Bundes der Vertriebenen (BDV) in der BRD.

Der deutsche Imperialismus hat seine Ostpolitik bis 1945 immer auf Millionen deutscher Kolonisten von Pommern bis in die Ukraine gestützt. Diese hatten über Jahrhunderte zu großen Teilen eine Sonderstellung inne, stellten grundbesitzenden Adel und gebildetes Bürgertum. Nach 1945 ist nicht nur die Zahl der deutschen Minderheit drastisch zurückgegangen. Auch ihre soziale Sonderstellung ging verloren.

Letzteres wiederherzustellen, ist vorrangiges Ziel der deutschen Minderheitspolitik in Osteuropa und der GUS. Das soll am Beispiel der am 1.12.92 von Innenausschuß und Auswärtigem Ausschuß des Deutschen Bundestages durchgeführten öffentlichen Anhörung zum Thema „Lage der deutschen Minderheiten und Pflege des deutschen kulturellen Erbes im östlichen Europa einschließlich der Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion“ im folgenden nachgewiesen werden.

Besonderes Augenmerk wird dabei auf das gerichtet, was als Förderung der deutschen Sprache und des kulturellen Erbes daherkommt. Hier vereinigt sich das Selbstverständnis einer höheren Kultur mit dem Einfluß einer überlegenen Wirtschaftsmacht. Angesichts der Zukunftsaussichten Seite an Seite mit einem Partner wie der BRD, findet das Zulauf. Die bisherige Einheitlichkeit des Menschenbildes wird zersetzt. An ihre Stelle treten völkisch-soziale Hierarchien nach Blutsherkunft. Ethnische Konflikte werden angeheizt und der Ruf nach Intervention der deutschen Schutzmacht wird schon erhoben.

Als Bindeglied zu den deutschen Minderheiten fungieren fast ausschließlich die Vertriebenenverbände. Sie erfüllen nach § 95 Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) die Aufgabe, die Erbmasse zurückzubringen, die idealen Traditionen der Ostkolonisation und des deutschen Imperialismus. Diesen Kräften die finanziellen Mittel zu streichen und die gesetzlichen Grundlagen für ihre Tätigkeit zu beseitigen, wird dementsprechend von Tag zu Tag dringlicher.

Und ein Zweites: Die Beseitigung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts von 1913, das Bürgerrechte immer noch von Blutsherkunft oder Waffenbrüderlichkeit in zwei Ostfeldzügen abhängig macht. Selbst das neue Gesetz zur Belebung der Kriegsfolgengesetze schreibt dieses ethnokulturell definierte Staatsbürgerecht fort und erhält den Anspruch darauf in den Reichsgrenzen vom 31.12.1937. Mit der Aufrechterhaltung dieser Gesetze untergräbt die BRD inzwischen jede auf Gleichberechtigung und allgemeine Wohlfahrt gerichtete Entwicklung für die Menschen in Osteuropa und der GUS.

Teilnehmer und Charakter der Anhörung

Zu der Anhörung waren mit Aufforderung zu schriftlicher Stellungnahme geladen worden:

- Vertreter sämtlicher Landsmannschaften im Bund der Vertriebenen (BdV) sowie deren Stiftungen und Jugendorganisationen;
- Vertreter der deutschen Minderheiten in Polen, der CSFR, Rumänien, Ungarn, Rußland, Kasachstan, der Ukraine sowie verschiedener Dachverbände von Deutschen in der GUS;
- Vertreter der Botschaften in den o. g. Staaten;
- Vertreter karitativer und kirchlicher Verbände wie DRK, Caritas, Diakonisches Werk;
- Vertreter der politischen Stiftungen von SPD, F.D.P., CDU und CSU;

Bilanz bei der Neubelebung deutscher Minderheitenpolitik in Osteuropa

- Vertreter der Osteuropa-Forschung in der BRD;
- Vertreter des ostdeutschen Junkerturns (als Sachwalter des deutschen Kulturerbes) wie Gräfin Dönhoff oder Klaus von Bismarck sowie weitere Gäste.

Das Protokoll der Anhörung einschließlich der eingegangenen Stellungnahmen umfaßt 704 Seiten. Die Auswertung durch das Bundesministerium des Innern (BMI) und das Auswärtige Amt ist in Arbeit. Der den Teilnehmern vorgelegte Fragenkatalog läßt schließen, daß es darum geht, die massiv gesteigerte deutsch-völkische Wühltätigkeit im Osten über gezielten Mitteleinsatz in ihrer Wirksamkeit zu verbessern und das Feld für die Trägerschaft dieser Politik zu konzentrieren.

Hauptbetreiber der Anhörung war das BMI. Die Lage deutscher Minderheiten im Osten bleibt Angelegenheit bundesrepublikanischer Innenpolitik. Da endet wie gehabt jeder Anspruch anderer Staaten auf Souveränität. So auch bei dieser Anhörung: in öffentlicher Verhandlung im Bundestag sprach der Vorsitzende des BdV, Czaja, beharrlich von polnischem „Machtbereich“, ohne daß selbst der amtierende Verhandlungsvorsitzende, Freimut Duve von der SPD, mehr tat, als auf den „höchst problematischen Begriff“ hinzuweisen. Als völlig selbstverständlich wurden außerdem von allen Beteiligten Forderungen akzeptiert, wie z. B. die Annulierung der Benes-Dekrete von 1945 durch den Vorsitzenden des Vereins der Karpatendeutschen in Bratislava. Nicht an einem einzigen Punkt wurden dagegen die Lehren aus dem Eroberungsfeldzug der deutschen Faschisten verteidigt. Soweit zum Charakter dieser Anhörung.

Offizielle Ziele

In seiner Eröffnung formulierte der Abgeordnete Hans Gottfried Bernrath (SPD) die Zielsetzung dieser Anhörung wie folgt: der Bundestag unterstreiche damit „die Bedeutung, die er der Lage der deutschen Minderheiten sowie der Pflege des deutschen kulturellen Erbes im östlichen Europa einschließlich der Staaten der GUS zumißt“ ... „Der Bundestag möchte, daß die Deutschen im Osten Europas nach Jahrzehntelanger Unterdrückung und oft auch durch die Verhältnisse erzwungener Verleugnung ihrer kulturellen Bindungen an Deutschland nun ihre nationale Identität besser wahren und mit unserer Hilfe auch pflegen können. Sie sollen damit auch in die Lage versetzt werden, eine Brücke zwischen ihren Heimatstaaten und Deutschland zu bilden“ ...

Diese Ziele machten gleich zu Anfang deutlich, wie weit der Konsens der bürgerlichen Parteien über die Rolle der deutschen Minderheiten in Osteuropa gediegen ist. Soweit, daß zwei alte Hasen der deutschen Ostpolitik aufmerksam und vor Überzeugung warnten. Gräfin Dönhoff (Die Zeit) zu Polen: „Es war vor dem Vertrag (deutsch-polnischer Freundschaftsvertrag, d. Verf.) so, daß man oben in der Führung bestrebt war, das wachzuhalten, was durch die Deutschen geschehen war, und daß unten das Volk sich eigentlich in allen Schichten verhältnismäßig gut verstanden hat ... Jetzt scheint es mir merkwürdigerweise umgekehrt zu sein: Oben großes Verständnis und das Bemühen zur Versöhnung auf beiden Seiten. Unten ... ist Sorge und auch ein gewisser Ärger da.“

Ergänzend dazu K. von Bismarck (bis 1992 Präsident des Goethe-Instituts). Er weist auf den Stolz der Polen hin, die nicht karatisch Gegenstand deutscher Barmherzigkeit werden wollen, und zieht daraus die Konsequenz: „Maßnahmen, die dem Mißtrauen Auftrieb geben können oder müssen, die Deutschen wollten qua Staat oder qua Volkstum oder wirtschaftlich ... da machtvoll einschreiten, sind problematisch.“

Diese Warnungen gehörten zum äußersten an „Distanzierung“ im Rahmen der gesamten Anhörung. Sie zeigten, daß, sofern es überhaupt unterschiedliche Meinungen gab, sie sich ausschließlich auf das Wie bei der Instrumentalisierung der deutschen Minderheiten bezogen, nicht aber auf das Ob. (Einige Ausnahmen waren die Fried-

rich-Ebert-Stiftung und die Arbeitsgemeinschaft deutsch-polnische Verständigung).

Es fehlt an „nationaler Identität“

Im Zentrum der Anhörung stand der Begriff der „nationalen Identität“ (ein Kernbegriff der neofaschistischen Theorien zur völkischen Neuordnung Europas, nachzulesen bei R. Opitz, *Faschismus und Neofaschismus*, Band 2). Ein Beispiel, was darunter verstanden wurde: Für den Verband der Ungarndeutschen führte Prof. Manherz aus Budapest folgendes aus: „... das Deutschum in Ungarn war ethnisch sehr gefärbt. Von Bayern bis Pfälzer oder von Franken bis Hessen haben wir verschiedene Mundartsprecher, die untereinander auch nur durch eine Koine (Umgangssprache, d. Verf.) oder durch eine Verkehrssprache kommunizieren konnten. In dem Fall ist es ganz natürlich, daß Hochdeutsch für diejenigen Deutschen, die hauptsächlich eine bürgerliche Bevölkerung in Ungarn waren, fast eine fremde Sprache war, also eine erlernte Sprache ... Die Ungarndeutschen, wenn sie etwas aufzeichnen wollten, haben nie die deutsche Orthographie, sondern die ungarische verwendet ... Und hier ist mein zweites Problem. Die Deutschen in Ungarn kennzeichnen neben dem Sprachverlust natürlich auch ein gewisser Identitätsverlust. Das hängt aber sehr stark damit zusammen, daß das Deutschum in Ungarn seine Intelligenz verloren hat ... Das bedeutet, daß oft die Intelligenz, die Deutsch als Hochsprache erlernt hatte, nicht immer zu der Minderheit zurückkehrt, sondern den ungarischen Bildungsweg einschlägt und eben zur ungarischen Intelligenz gehört.“ Um die Identitätspflege zu sichern, fordert Manherz dann deutsche Schulen, deutsche Lehrer, Stipendien in der BRD für Ungarndeutsche etc. ...

Das Beispiel der Ungarndeutschen ist für große Teile der deutschen Minderheiten in Osteuropa repräsentativ. Wo eine Assimilation bzw. Integration in Sprache und Lebensbedingungen des jeweiligen Landes stattgefunden hat – und das ist nach den Berichten überall der Fall –, ist nach dieser Auffassung der Erhalt der deutschen Volkssubstanz, ihre Identität, bedroht. Prof. Manherz bedauert, daß sich insbesondere die Intelligenz nicht mehr einfach für deutsche Interessen benutzen lasse. Die Menschen müssen erneut aus den entstandenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bindungen herausgebrochen werden, dazu gebracht werden, sich als völkische Minderheit wieder zu konstituieren. Gefordert werden dazu vor allem deutsche Schulen, deutsche Lehrer, Zugang zu deutschen Hochschulen für die Ungarndeutschen.

Angesichts des „Verlusts“ der deutschen Sprache bei etwa 90 % der deutschen Minderheiten liegen solche Forderungen im Zentrum der Stellungnahmen aller Minderheitenvertreter auf dieser Anhörung. Die Errichtung deutscher Schulen läßt sich leicht unter dem Anschein bloßer sozialer Hilfeleistung organisieren. Tatsächlich handelt es sich um Sprengsätze, mit Zeitzünder: Deutsche Schulen werden aus der BRD finanziert und mit Lehrern versorgt. Sie erhalten deutsche Lehrbücher und Lehrpläne. Sie verkörpern die Aussicht auf Posten im Dienst der neuen Wirtschafts- und Kolonialmacht. Je ärmer der Standort, um so mehr sind sie Bruttostätten für die Entstehung von sozialer Ungleichheit, Rassismus und Nationalismus. Bis in Regierungsebenen der betroffenen Staaten hat die BRD inzwischen dafür Anhang gebildet: „Wir hoffen, daß es den Ungarndeutschen gelingen wird, den Assimulationsprozeß zu stoppen ...“ (Staatssekretär Johann Wolfart aus dem Amt für Nationale und Ethnische Minderheiten im Amt des ungarischen Ministerpräsidenten).

Deutschum = Sonderrechte Die Formel findet Anhang

Allein um der Hoffnung auf eine Zukunft an der Seite der Wirtschaftsmacht

BRD willen, findet neuerdings eine regelechte Bekenntniswelle zum Deutschum statt. So heißt es in der „Stellungnahme zur Lage der deutschen Minderheit in der Ex-UdSSR“ vom stellvertretenden Vorsitzenden des zwischenstaatlichen Rates der Deutschen in der Ex-UdSSR und stellvertretenden Vorsitzenden der Gesellschaft Wiedergeburt, Victor Diesendorf: „Laut Volkszählung gab es 1989 in der ehemaligen UdSSR über 2 Millionen Deutsche. Jedoch kann man diese Zahl nur als eine stark verminderte Schätzung ansehen ... Die Anzahl jener, die ein deutsches ethnisches Selbstbewußtsein haben, weicht von den erwähnten Zahlen (insbesondere neuendrings) stark ab. Demzufolge kann die Anzahl der Deutschen nach dem genauesten Kennzeichen (es ist, unserer Meinung nach, das ethnische Selbstbewußtsein) die offizielle Zahl weit übertreffen und, nach unserer Schätzung, etwa 4 - 5 Millionen erreichen.“

Noch einmal zu der Lage der deutschen Minderheiten in Osteuropa und der GUS. Für die 800000 Deutschen in Kasachstan heißt es beispielhaft: „Im Durchschnitt unterscheidet sich ihre wirtschaftliche Lage vom größten Teil der Bevölkerung nicht. Von allen Beschäftigten in der Landwirtschaft sind 123000 die Deutschen, in der Wirtschaft 98000, im Bauwesen 48000, im Bildungswesen 43000, im Bereich Wissenschaft 7000.“ Erst „... im Zusammenhang mit dem Zerfall der Sowjetunion, plötzlicher Verschlechterung des Lebensniveaus ... entstand die Frage, was sind wir, wo sind wir und was wird morgen mit uns?“

Protektoratswünsche

Einer, der diese Situation meisterlich nutzt, um nationalistische Bewegungen zu organisieren, ist Heinrich Groth, Vorsitzender des „Zwischenstaatlichen Rates der Deutschen der ehemaligen UdSSR“, Vorsitzender der „Wiedergeburt“ (eines 260000 Mitglieder zählenden Vereins, der in der SU noch verboten war) und Präsident der „Konföderation der verschleppten Völker der ehemaligen SU“: „Die meisten Russlanddeutschen, bis 90 %, wollen aus diesem wilden Land ... hinein ins Vaterland ... Der Wolgatauma ist tot ... Es gibt viele Russlanddeutsche, ich glaube, Hunderttausende, die sich im ehemaligen Nordostpreußen, dem heutigen Gebiet um Kaliningrad, niederlassen wollen.“

Zu diesen Forderungen hatte Groth den Veranstaltern eine Rede zugesandt, die auf der zweiten Sitzung der deutsch-russischen Regierungskommission für Angelegenheiten der Russlanddeutschen am 19./20.10.1992 in Moskau, an der seitens der Bundesregierung H. Wafenschmidt aus dem BMI teilnahm, verboten worden war. In ihr stellt Groth zwei Alternativen: sofortige „organisierte Aufnahme aller willigen Nachkommen der deutschen Kolonisten in Deutschland ... (die Bürger der BRD müssen ... endlich den Unterschied zwischen den Gastarbeitern sowie zahlreichen ausländischen Asylanten und den Deutschen begreifen, die gezwungen werden, ins Vaterland heimzukehren)“ oder „Wiederherstellung der Staatlichkeit der Russlanddeutschen ... in der Kaliningrader Variante, ... in maximaler Nähe zu Deutschland und auf einem Territorium, wo noch viele Spuren der materiellen und geistigen Kultur der deutschen Nation erhalten geblieben sind.“

In Moskau wurde diese Rede verboten. In der Anhörung des deutschen Bundestages konnte sie verbreitet werden. Erinnert man sich der anhaltenden Bemühungen deutscher Wirtschaftsführer, eine Freihandelszone um Kaliningrad zu errichten, in der unter deutschem Schutz und Kommando sicherer Zugriff auf Niedriglohnreserven und Märkte der GUS möglich wird, wird deutlich, warum Brandstifter wie Groth sich hier ausbreiten dürfen.

Brisant wird die Sache dort, wo militärisches Eingreifen die unausweichliche Folge deutscher Schutzmachtpolitik wird. Für Tadschikistan forderte Groth schon auf der Anhörung: „Dort herrscht Bürgerkrieg ... man muß die Menschen dort sofort herausholen.“

Dort geht es wohlgerne noch nicht um Kapitalverluste. Aber ist das der Schwelnenwert? Was z. B. geschieht, wenn auf die ständigen Provokationen von Mitgliedern deutscher Minderheiten in Osteuropa staatlicherseits mit der Beschneidung von deren Rechten reagiert wird? (Zur Anhörung wurden eine Vielzahl von Anlagen über von der BRD aus gesteuerte revanchistische Aufmärsche, z. B. am Annaberg in Polen, oder Einweihung von Mahnmalen für die Opfer des 2. Weltkrieges und Gedenktafeln an die Vertreibung vorgelegt, z. B. in Pomaz in Ungarn, die nach § 96 BVFG aus den Kassen der BRD-Innenministerien bezahlt und durch Landsmannschaften organisiert werden.)

Gelingt es der BRD dann, als Schutzmacht im europäischen Bündnis zu intervenieren? — (ruo)

Kurdistan Report: Das folgende Interview mit Yasar Kaya, dem Vorsitzenden der Demokrasi Partisi (Partei der Demokratie) und Herausgeber der Tageszeitung *Özgür Gündem* führte der *Kurdistan-Report*. Anfang Juni, also noch vor der Beendigung des einseitigen Waffenstillstandes der PKK. Yasar Kaya war anlässlich der großen Demonstration „Für Frieden, Freiheit, Demokratie und die nationalen Rechte“ am 29. Mai 1993 in Bonn nach Deutschland gekommen, wo er eine Rede hielt.

Kurdistan Report: Sie haben mit einer langen Tradition in der türkischen Presselandschaft gebrochen und die erste oppositionelle Tageszeitung nach 1980 in der Türkei herausgebracht. Welchen Preis mußten sie dafür bezahlen?

Yasar Kaya: Das mag zwar die erste oppositionelle Zeitung nach dem Militärputsch sein, aber bereits seit den 20er Jahren hatte die revolutionäre und demokratische Presse eine Funktion, und ihre Mitarbeiter wurden in die Gefängnisse gesperrt. Ich möchte hier jetzt nicht alle einzeln aufzählen. Heute ist *Özgür Gündem* die einzige in der Türkei erscheinende oppositionelle Tageszeitung. *Özgür Gündem* hat meiner Meinung nach eine wichtige Besonderheit: sie ist die erste revolutionäre demokratische Tageszeitung in der Türkei, die sich gegen die offizielle Staatsideologie stellt. Sie ist eine Zeitung, die außerhalb der Tradition der Hofberichterstattung steht. Sie ist eine gemeinsame Zeitung der türkischen und kurdischen Demokraten und Revolutionäre. Außerdem ist sie eine Zeitung, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die kurdische Frage in der Öffentlichkeit richtig darzustellen. Seit der Gründung der Republik bis heute wurden alle Ereignisse und Meldungen im Zusammenhang mit dem, was in Kurdistan passierte, immer nur mit den Worten der Regionalgouverneure oder anderer offizieller staatlicher Stellen wiedergegeben. *Özgür Gündem* ist daher die erste Zeitung in der Türkei, die ihre Nachrichten auf authentische Quellen stützt und diese in der Öffentlichkeit bekannt macht. Aus diesem Grund hat der Staat das Feuer auf uns eröffnet. In unserer kurzen Erscheinungszeit von nur acht Monaten sind acht unserer Mitarbeiter als Märtyrer gefallen. 40 unserer Korrespondenten wurden festgenommen, geschlagen, verhört und gefoltert; einzig und allein weil sie die wirklichen Probleme der Türkei einschließlich der kurdischen Frage in wahrheitsgemäßer Weise an die Öffentlichkeit gebracht haben. In der Geschichte der WeltPresse hat noch keine Zeitung einen so hohen Preis bezahlen müssen. In diesem Sinne ist *Özgür Gündem* vielleicht ein einzigartiges Beispiel in der WeltPresse.

Das ist jedoch nicht der einzige Preis, den *Özgür Gündem* für ihre oppositionelle Berichterstattung bezahlen mußte. Vor der Erscheinungspause unserer Zeitung (vom 15. Januar bis 26. April 1993) wurden täglich zehntausende Exemplare unserer gedruckten Zeitungen von den Sicherheitskräften beschlagnahmt, verbrannt oder sonstwie vernichtet. Darauf erlitten wir einen Schaden von täglich 10 Millionen TL (ca. 2000 DM) und 1,5 Milliarden TL (273 000 DM) im Monat. Deshalb konnten wir nur kurze Zeit durchhalten. Das ist der Preis dafür, eine oppositionelle Zeitung zu sein. Aber es gibt für uns trotzdem erfreuliche Aspekte. Niemand hat sich von unserer Zeitung getrennt, und niemand hat den Rückzug angetreten. Nach zwei Monaten Vorbereitungszeit erscheint unsere Zeitung jetzt wieder und, wie man sieht, setzt *Özgür Gündem* ihren Weg kämpfend fort.

Kurdistan Report: Sie stützen Ihre Nachrichten weder auf staatliche Quellen noch auf Informationen der Regionalgouverneure etc. Welche Quellen haben Sie dann, woher bekommen Sie Ihre Informationen?

Yasar Kaya: Unsere Nachrichtenquellen sind unsere eigenen Korrespondenten. Sie sind in allen Ecken des Landes. Wir beziehen unsere Informationen direkt von den Orten, an denen etwas passiert ist, und von den betroffenen Menschen. Darüberhinaus nehmen wir auch bei Bedarf Nachrichten von den Nachrichtenagenturen KURD-HA, Reuter und Anadolu. Außerdem bekommen wir sowohl aus Kurdistan als auch aus dem Mittleren Osten und Europa Meldungen von ehrenamtlichen Mitarbeitern/inne/n und Leser/inne/n. Das ist unser großer Vorteil.

Kurdistan Report: Wie viele Korrespondenten/inne/n oder Mitarbeiter/inne/n haben Sie?

Yasar Kaya: Derzeit haben wir über 200 Mitarbeiter/inne. Außerdem be-

Interview mit dem DEP-Vorsitzenden Yasar Kaya

kommen wir von unzähligen ehrenamtlichen Korrespondenten Nachrichten.

Kurdistan Report: Wegen Ihren Artikeln wurden unzählige Verfahren gegen Sie eröffnet und es heißt, daß Geldstrafe in Höhe mehrerer Milliarden TL gegen Sie gefordert wurde. Wie wollen Sie diese Geldstrafen bezahlen?

Yasar Kaya: Das stimmt, gegen mich als Herausgeber der Zeitung und gegen unseren verantwortlichen Chefredakteur wurden vom Staatssicherheitsgericht Istanbul über 40 Verfahren eröffnet und zusammengerechnet 350 Jahre Gefängnis und fast 500 Milliarden TL (ca. 90 Millionen DM) Geldstrafe gefordert. Das sind die Anträge der Staatsanwaltschaft, doch die Verfahren sind noch nicht abgeschlossen. Eine Einschätzung darüber, wie diese über 40 Prozesse gegen unsere Zeitung ausgehen werden, ist schwierig. Aber eins ist sicher: *Özgür Gündem* wird von den türkischen Gerichten nach dem Anti-Terror-Gesetz angeklagt.

Viele liebt es auf der ganzen Welt kein ähnliches Beispiel, daß die Presse von Sondergerichten verurteilt wird, die mit Sondervollmachten ausgestattet sind.



Kurdistan Report: Können Sie dieses Gesetz etwas erläutern, was beinhaltet es?

Yasar Kaya: Früher gab es in der türkischen Verfassung die Strafgesetze Nr. 141, 142 und 163, wonach Bestrebungen zur Gründung eines Staates auf kommunistischer, kurdischer oder religiöser Basis unter Strafe gestellt waren. Diese Gesetze wurden 1991 aufgehoben. Damit wollte der türkische Staat Europa zeigen, wie demokratisch er geworden sei. Die Türkei hob diese Gesetze auf, um in Westeuropa den Eindruck zu erwecken, sie habe sich seinem demokratischen Standard angepaßt, und hat als Ersatz das Anti-Terror-Gesetz eingeführt.

Kurdistan Report: Das war nach 1990 ...?

Yasar Kaya: Ja, nach 1990. Angeblich richtet sich das Anti-Terror-Gesetz gegen „Terroristen“, also gegen Leute, die zur Waffe greifen, aber die Presse wird mit Hilfe dieses Gesetzes vor Gericht gestellt. In das neue Anti-Terror-Gesetz wurden die aus der Verfassung gestrichenen Artikel 141, 142 und 163 auf noch viel umfassendere Weise und mit noch härteren Strafen wieder aufgenommen.

Kurdistan Report: Es heißt auch, daß Sie Anzeigen politischen Inhalts annehmen und der Abdruck solcher Anzeigen verboten sei, weswegen Ihre Zeitung beschlagnahmt wird.

Yasar Kaya: Natürlich. Bis heute ergingen gegen über 40 Ausgaben unserer Zeitung Beschlagnahmeverfügungen. Das sind keine gerechtfertigten Beschlüsse. Es ist zum Beispiel verboten, Märtyranzeigen, die Familien von Befreiungskämpfern, die im Krieg mit der TR gefallen sind, aufzugeben und die wir veröffentlicht haben, zu veröffentlichen. Wir werden auch angeklagt, weil wir Anzeigen für kurdische Veranstaltungen und Versammlungen und Anzeigen im Zusammenhang mit der Wahl des Kurdischen Nationalparlaments veröffentlicht haben.

Kurdistan Report: Für eine journalistische Arbeit ist es von lebenswichtiger Bedeutung, verschiedene Quellen erreichen zu können, verschiedene Meinungen einholen und festhalten zu können, ein Archiv zu führen etc. Haben Ihre

Korrespondenten/inne/en solche Möglichkeiten? Mit welchen Schwierigkeiten sind sie konfrontiert?

Yasar Kaya: Unsere Korrespondenten/inne/en sind eine Zielscheibe der Sicherheitskräfte, denn die Mitarbeiter/inne/en unserer Zeitung werden sogar vom Staat als Terroristen betrachtet. Schließlich sind als Folge dieser Angriffe acht unserer Mitarbeiter als Märtyrer gefallen. Der Innenminister erklärte: „Das sind keine Journalisten, sondern Terroristen.“ Das ist natürlich eine lächerliche Behauptung. Die türkische und die WeltPresse hat darüber geschrieben. Kein vernünftig denkender Mensch könnte auf die Idee kommen, den 74-jährigen, weißhaaren humanistischen und demokratischen Schriftsteller und Journalisten Musa Anter, der mit dem Stock nur noch schwer laufen konnte, als Terroristen zu bezeichnen. Diese Behauptung ist nichts anderes als der staatliche Versuch, einen Deckmantel für seine Morde zu suchen und die Öffentlichkeit zu täuschen.

Kurdistan Report: Kommen wir zur Demokrasi Partisi (Partei der Demokratie) DEP. Sie beschäftigen sich seit langer Zeit mit Politik, aber zum ersten Mal

mäßige Verwirklichung des Schrittes zur Einheit des kurdischen Volkes in der Geschichte. Das Hauptziel der Partei ist es, die kurdischen und türkischen revolutionären und demokratischen Kräfte zusammenzubringen, um die Grenzen der Demokratie in der Türkei zu erweitern.

Denn meiner Meinung nach hat die Türkische Republik drei Dinge nicht verwirklicht. Erstens hat sie keine demokratische Staatsstruktur verwirklicht; nach dem sechs Jahrhunderte alten osmanischen Erbe der „İthâti Terâkî“ (Ruhe und Ordnung)-Komplotten und der 70-jährigen Auffassung von Einheitspartei und Einheitsnation mit einem einzigen Chef der Epoche der Türkischen Republik und den drei Militärputschen, die wir in den letzten 30 Jahren erlebt haben, konnte eine demokratische Struktur nicht verwirklicht werden. Zweitens ist die kurdische Frage nicht auf demokratische Weise gelöst worden. Drittens wurde die Ausbeutung der breiten Volks- und Werktägnermassen nicht abgeschafft.

Aus dieser Notwendigkeit ist die Demokrasi Partisi geboren worden. Unser Ziel ist es, eine umfassende Demokratie zu erreichen, in der die Menschenwürde und die menschliche Arbeit geachtet wird, in der jeder seine Fähigkeiten entwickeln, jeder seine eigene Sprache sprechen kann und die Rechte auf seine Identität besitzt, wie es in Westeuropa gültig ist. In der Türkei wurde als einzige solche demokratische Massenpartei bisher die HEP gegründet. Die HEP wird, wie wir wissen, heute vom Verfassungsgericht angeklagt. Um diese Lücke zu füllen und den Kampf um diese Themen und Inhalte zu führen, war eine solche Partei notwendig. Als kurdische und türkische Revolutionäre und Demokraten in der Türkei werden wir immer für die Demokratie und Menschenrechte kämpfen. Wir sind keine Klassenpartei. Wir sind eine Massenpartei. In unserer Partei haben Arbeiter/inne, Bauern und Bäuerinnen, Werktägner und auch anständige Geschäftsleute, also Leute der Bourgeoisie, einen Platz, bis hin zu den Liberalen. Das ist ein Beweis, ein Symbol und der Gedanke unseres Verständnisses von Freiheit. Wir sind wirklich eine Partei, die von den breitesten Werktagen und Volksmassen unterstützt werden, eine Partei, die sie viel Wert beimessen. Die Demokrasi Partisi ist kurzgesagt eine Partei, die den Wandel in der Türkei will, die keine staatstragende Partei, sondern die Partei des Volkes ist. Dafür werden wir kämpfen.

Kurdistan Report: Warum wird die HEP angeklagt?

Yasar Kaya: Die HEP wird deshalb angeklagt, weil sie sagt, daß ein Teil der Menschen in unserem Land Kurd/inn/en sind und vom kurdischen Volk spricht. Die Staatsanwaltschaft behauptet in der Anklageschrift entsprechend ihrem eigenen Verständnis, daß die HEP Separatismus betreiben würde, und klagt deshalb die HEP an. Denn von Kurd/inn/en zu sprechen gilt in der Türkei nach den gültigen Gesetzen als Separatismus. Bisher wurde mit dieser Begründung die Türkîye İsci Partisi vom Verfassungsgericht verboten. Und die HEP wird mit der gleichen Begründung verboten werden, das zeigt die Lage. Aus diesem Grund haben sie die HEP vors Verfassungsgericht gebracht. Wir sind dagegen, daß irgend jemand wegen seiner Gedanken ins Gefängnis gesperrt wird. In unserer Partei hat jeder Mensch einen Platz, egal wie er denkt, mit Ausnahme des Faschismus, der die Menschheit im 2. Weltkrieg in Blut gebadet hat.

Kurdistan Report: Wenn die HEP angeklagt wird, weil sie von der kurdischen Identität spricht, wird dann nicht die Demokrasi Partisi genauso angeklagt werden, die ja ebenfalls von der kurdischen Identität spricht?

Yasar Kaya: Wir können unsere Gedanken nicht aufgeben und nicht den Rückzug antreten, weil die HEP jetzt angeklagt wird. Wir kämpfen für Demokratie, wir wollen die Grenzen der Demokratie ausweiten und erreichen, daß die Menschenrechte und die Gedankenfreiheit durchgesetzt werden. Wir sind der Meinung, daß der Staat auf andere Weise nicht zum Nachgeben und zu demokratischen Schritten zu bewegen ist. Deshalb wird die Demokrasi Partisi an diesem Punkt beharrlich bleiben. Es ist

ein Fehler, die Partei wegen der kurdischen Frage zu verbieten. Die 70-jährige Türkische Republik versucht den Eindruck zu erwecken, sie hätte den Kurd/inn/en demokratische Rechte gegeben und sie hätten sich bewaffnet, um die Berge zu gehen. Das ist falsch. Bis heute haben die Kurd/inn/en keinerlei Rechte auf demokratischem Weg bekommen. Deshalb haben die Kurd/inn/en aus der Notwendigkeit heraus den Weg des bewaffneten Kampfes gewählt und führen ihn auch. Wir wollen die Stimme der Kurd/inn/en auf der demokratischen Plattform sein. Wir werden auf diesem Weg kämpfen. Denn wir sind davon überzeugt, daß die kurdische Frage auf demokratischem Wege gelöst werden kann.

Kurdistan Report: Sie sprechen von Demokratie und die PKK, die seit über acht Jahren einen bewaffneten Kampf führt, proklamierte im März einen Waffenstillstand. Gleichzeitig kam es zu einer Annäherung zwischen den kurdischen Organisationen. Es heißt, daß eine gemeinsame Arbeit stattfindet, die alle kurdischen Organisationen umfaßt. Was ist Ihre Meinung dazu?

Yasar Kaya: In Kurdistan wird von der PKK ein über acht Jahre langer bewaffneter Kampf geführt. Das weiß sowohl das türkische als das kurdische Volk, als auch die ganze Welt. Die PKK ist eine politische Partei im Mittleren Osten, die entsprechend ihrer eigenen Prinzipien, Parteisatzung und ihrer eigenen Strategie und Taktik handelt. Sie hält einen Waffenstillstand für angebracht und hat den bewaffneten Kampf dafür eingestellt. Meiner Meinung nach ist das eines der wichtigsten Ereignisse in der Geschichte unseres Landes. Denn wir sind davon überzeugt, daß genug Blut vergossen ist, damit das kurdische und das türkische Volk Frieden schließen, daß nicht noch mehr Blut vergossen werden muß. Aus diesem Grund freuen wir uns über den Waffenstillstand.

Wenn wir aber genauer hinschauen, sehen wir, daß der türkische Staat während des einseitigen Waffenstillstands bis heute über 100 Guerillakämpfer/innen und Zivilist/inn/en umgebracht, über 40 Dörfer entvölkert und viele Gebiete bombardiert, zerstört und niedergebrannt hat. Viele Militäroperationen wurden durchgeführt. Das zeigt, daß die PKK zwar tatsächlich das Feuer eingesetzt hat, der türkische Staat aber nicht. Danach kam es zu den Ereignissen in Bingöl. Der Waffenstillstand wird einseitig nicht unendlich lange andauern. Solche Ereignisse wie in Bingöl waren zu erwarten. Nach so langem bewaffneten Kampf ist es nicht möglich, solche Vorfälle plötzlich wirksam zu verhindern. Meiner Meinung nach hat das aber keine Auswirkungen auf die Friedensphase. Die Friedensphase hat jetzt begonnen. Es wird über die Friedensphase nachgedacht, die Zeitungskommentatoren schreiben darüber, und die Menschen denken darüber nach. Das Wichtigste war, diese Phase erst einmal anzufangen. Es ist notwendig, daß alle für die Fortsetzung dieser Phase alles tun, was sie nur tun können. Die Chance auf Frieden ist für das kurdische und türkische Volk eine unschätzbar wertvolle Chance. Ich bin mir sicher, wenn der Krieg danach wieder weitergehen sollte, dann wird das für beide Seiten sehr großen Schaden bringen, das möchte ich mir nicht einmal im Traum vorstellen.

Kurdistan Report: Wie bewerten Sie die Annäherung und Bildung einer Einheit unter den kurdischen Organisationen?

Yasar Kaya: Das ist natürlich eines der wichtigsten Ereignisse in der kurdischen Geschichte. Dadurch vergrößert sich die Position des kurdischen Kampfes. Zweitens sichert das die Freundschaft und Einheit der Kurd/inn/en untereinander. Das ist eine wichtige Entwicklung in der Geschichte des kurdischen Kampfes. Dieser Schritt war notwendig. Das wird noch weitere Auswirkungen haben, denn die Kurd/inn/en haben seit 15 bis 20 Jahren in den verschiedenen Teilen ihres Landes und in Europa verschiedene Organisationen gegründet. Aber ein großer Teil dieser Organisationen war weit davon entfernt, diesen Kampf auf aktive Weise zu führen, und jetzt kommen sie zu einer Einheit der Stärke. Diese Einheit der Stärke ist für den kurdischen Kampf sehr wichtig. Deshalb sage ich, daß das in unserer Geschichte ein wichtiges Ereignis ist. Das ist wichtig, damit die Kurd/inn/en wirkliche Freundschaft und Einheit unter sich herstellen.

Kurdistan Report: Wir bedanken uns für das Gespräch und wünschen Ihnen für Ihre Arbeit alles Gute!

Parlamentswahlen in Marokko

Wie zu erwarten war, haben die Parlamentswahlen in Marokko kein eindeutiges Ergebnis gebracht. Von den 222 zu wählenden Abgeordneten stellen die Regierungsparteien nun 74 Abgeordnete (bisher 102). Die Oppositionsparteien „Sozialistische Union der Volkskräfte“ (USFP) und Istiqlal errangen zusammen 91 Abgeordnete (bisher 59). Einzig herausragendes Ergebnis: die Partei der marokkanischen Berber „Volksbewegung“ (MP) stellt 33 Abgeordnete und ist damit zur drittstärksten Kraft avanciert. Auch die Kommunistische Partei (PPS) und die linksradikale (OADP) erlangten zusammen 8 Sitze, vier mehr als zuvor. Aber wer auch immer den Regierungschef stellen wird, an König Hassan II wird keiner vorbeigehen können. Dieser sicherte durch die Verfassung, daß 3/4 der Abgeordneten nicht durch allgemeine Parlamentswahlen bestimmt werden, sondern indirekt durch verschiedene Verbände. Zudem konzentriert der Monarch weiterhin alle wichtigen außenpolitischen und innenpolitischen Entscheidungen in seiner Hand. Und seine Politik hat in den letzten Jahrzehnten Marokko zu einem der ärmsten Maghrebstaaten werden lassen. Hauptverursacher der wirtschaftlichen Misere sind die immensen Militärausgaben von

geschätzten 1,2 Mrd. Dollar jährlich, wovon ein gutes Drittel für den Krieg gegen die Volksbefreiungsfront der Westsahara eingesetzt wird. Hinzu kommen der seit Jahren anhaltende Verfall der Weltmarktpreise für Rohphosphat und die Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft. Die im Zusammenhang mit den Marokkanisierungsgesetzen von 1973 angekündigte Landreform ist in den Ansätzen stecken geblieben. Die Beschlagnahme der riesigen, ehemals französischen Latifundien ging im wesentlichen zugunsten marokkanischer Großgrundbesitzer aus und hat am Elend der Kleinbauern nicht das geringste geändert. Ohne eigenes Land, oft hoch verschuldet, haben sie in den 80er Jahren zu Zehntausenden das Land verlassen und sind in die Bidonvilles, die Elendsviertel der Großstädte gezogen. Von hier aus gingen 1981 und 1984 die Brotaufstände aus, die blutig niedergeschlagen wurden. Es ist sehr ungewiß, ob die Opposition an dem Landproblem etwas ändern kann, hat sie doch ihre Hochburgen in den Städten. Auch an dem zweiten großen Problem, der Westsaharafrage, wird sich nichts ändern, haben doch schon die führenden Oppositionspolitiker Zustimmung zu der Westsaharapolitik Hassans signalisiert. — (hav)

Genf: Verhandlungen in der Bosnienfrage

Seitdem die kroatische und serbische Führung in der vergangenen Woche nun offiziell ihre Teilungspläne für Bosnien-Herzegowina unterbreiteten, scheint die Zukunft dieses Staates nun schwärzer denn je. Schon zu Beginn des Krieges gab es Geheimverhandlungen zwischen der kroatischen Führung und der serbischen Regierung über die Aufteilung Bosniens. Damals, vor gut zwei Jahren, wiesen beiden Seiten entsprechende Pläne weit von sich. Seit letzter Woche, mit dem Beginn einer neuen Verhandlungsrunde in Genf, liegen die Karten nun auf dem Tisch. Am Montag wurde ein gemeinsamer Angriff von serbischen und kroatischen Truppen auf die bosnische Stadt Maglaj gemeldet. Die neue serbisch-kroatische Koalition stellte dem bosnischen Staatspräsidium, das tatsächlich noch aus Kroaten, Serben und Moslems besteht, ein Ultimatum, den neuen Plan anzunehmen oder unterzugeben. Prompt kam es zu einer kleinen Pauschalrevolte. Der bosnische Staatspräsident Izetbegović weigerte sich, an den Verhandlungen in Genf teilzunehmen. Darauf setzte in einer Sondersitzung im kroatischen Zagreb das kollektive bosnische Staatspräsidium Izetbegović ab und bestimmte den Kroaten Boran als Über-

gangspräsident und Verhandlungsführer in Genf. Tatsächlicher Königsmacher im Hintergrund ist Fikret Abdić, Chef des bosnischen Multikonzerns Agrokomerz. In dieser Funktion wurde er schon 1989 wegen gewaltiger Unterstellungen verurteilt, aber nie in Haft genommen. Der Krieg kam für ihn glücklicherweise dazwischen. Abdić gilt als schärfster Rivale von Izetbegović. Abdić ist der klassische Vertreter der jugoslawischen „Neuen Klasse“. Direktor eines Großkonzerns und offen für Geschäfte mit dem kapitalistischen Ausland. Izetbegović ist der muslimische Intellektuelle, der schon 1971 in den Knast kam, weil er einen muslimischen Staat auf dem Balkan forderte. Beides finstere Gesellen, die jeder auf seine Weise an dem Untergang Bosniens und damit auch Jugoslawiens teilhaben. Izetbegović und sein Außenminister Ganić haben schon vorneweg jeden Abschluß in Genf als Makulatur hingestellt und drohten mit offenem Terror. Ganić meinte in einem Interview, seit Beginn des Krieges lebten mehrere Millionen bosnischer Moslems im Ausland. Die wären jederzeit bereit, einen eventuellen Teilungsplan mit Terrormaßnahmen in der ganzen Welt zu torpedieren. — (hav)

Fiat Melfi: Löhne runter, Sechs-Tage-Woche . . .

Fiat-Unternehmensvertreter und die Metallgewerkschaften Fiom, Fim, Uilm und Fismic haben am 11. 6. 93 Vereinbarungen über zwei neu errichtete Fiat-Werke unterschrieben: Melfi (PKW-Montage) und Pratola Serra (Motoren), beide in Südalitalien. Im Werk Melfi in der Region Basilikata soll ab Anfang 1994 mit 7000 Beschäftigten und 20 Zulieferern im Umkreis von einem Kilometer der Punto als Nachfolgemodell des Uno gebaut werden. Mit Just-in-time und anderen „japanischen“ Produktionsmethoden sollen in drei Schichten täglich 1800 Fahrzeuge montiert werden. Die Taktzeit an den fast zwei Kilometer langen Montagelinien beträgt ca. 1,5 Minuten. 300 Fahrzeuge rollen pro Schicht an einem Bandarbeiter vorbei.

Nach der Vereinbarung ist die Betriebszeit im 24-Stunden-Betrieb von Montag bis Samstag. Am Sonntag werden Wartungsarbeiten durchgeführt. Schichtarbeiter arbeiten zwei Wochen lang je sechs Tage und in der dritten Woche drei Tage. Dann haben sie vier Ruhtage. Die tägliche Arbeitszeit wird geringfügig von 8 auf 7,75 Stunden verkürzt. Die halbstündigen Essenspausen

sind an das Schichtende gelegt; auf Kosten dieser Erholungspausen kann die Arbeitszeit individuell auf 7,25 Stunden verkürzt werden.

Auch beim Lohn setzt Fiat mit den neuen Werken neue Maßstäbe flexibel und nach unten. Die über die nationalen Metalltarife hinaus gezahlten betrieblichen Zusätze (pro Jahr umgerechnet etwa 3200 DM) sind in den neuen Werken nur halb so hoch wie in den anderen Fiat-Auto-Werken. Außerdem ist die Höhe der Zusätze erstmals an Standortfaktoren wie Produktivität und erreichte Qualität gekoppelt.

Ein Argument auf Seiten der Gewerkschaften für die Unterschrift ist, daß sich Fiat erstmals mit der Einrichtung von paritätischen Kommissionen für Berufsbildung, Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz u. a. den Ideen „gewerkschaftlicher Teilhabe“ geöffnet habe.

Kritik hatte sich vor allem gegen die Nacharbeit, die Außerkraftsetzung des Nacharbeitsverbots für Frauen, die Sechs-Tage-Woche und teilweise Sonntagsarbeit sowie gegen die Lohnminde rung gerichtet, aber die Vereinbarung nicht verhindern können. — (rok)

Internationale Umschau



Die US-Gewerkschaftsbewegung setzt ihre Kampagne gegen das sogenannte „nordamerikanische Freihandelsabkommen“ (NAFTA) fort, das die US-Regierung auf Drängen der US-Konzerne mit der kanadischen und mexikanischen Regierung geschlossen hat. Das Abkommen sei ein Geschenk für die Konzerne, in den USA Werke zu schließen und die gleichen Arbeiten in Mexiko zu elendesten Löhnen und Arbeitsbedingungen machen zu lassen, kritisieren die Gewerkschaften richtig. Die US-Konzerne wollen das Abkommen nutzen, um diese Niedriglohnfertigungen massiv auszubauen. Unser Bild zeigt eine Fertigungslinie in einer Fabrik des japanischen Sanyo-Konzerns in Tijuana. Wochenlohn der Arbeiterinnen bei einer Arbeitszeit von 48 Stunden: umgerechnet etwa 60 Dollar oder 100 DM. Das macht pro Stunde knapp über 2 DM. — (rūl, Bild: AFL-CIO-News)

US-Raketen auf Bagdad: Zahlreiche Tote, Proteste

Der barbarische und gegen jedes Völkerrecht verstörende US-Raketenüberfall auf die irakische Hauptstadt am vergangenen Wochenende hat nach irakischen Berichten zahlreiche Tote gefordert. 23 Cruise Missiles, abgefeuert von US-Kriegsschiffen im Roten Meer und im persischen Golf, schlugen mitten in der Nacht und ohne jede Ankündigung eines militärischen Schlags in der Stadt ein. Im US-Sicherheitsrat behaupteten die Vertreter der USA nachher dreist, der Raketenüberfall sei ein „Akt der Selbstverteidigung“ gewesen, die USA hätten angeblich Beweise, daß der irakische Geheimdienst Ex-US-Präsident Bush bei seinem Besuch in Kuwait vor einiger Zeit habe ermorden wollen. Wenn Meinungen einer Regierung über angebliche Mordpläne fremder Geheimdienste gegen ihre Regierungsmitglieder bereits eine völkerrechtliche Rechtfertigung für solche Terrorangriffe hergeben sollen, dann können zahlreiche Staaten die USA, deren Geheimdienst schon mehrfach in Attentate gegen ausländische Regierungen verwickelt war, mit Raketen und Bomben überfallen. Tatsächlich ist die US-„Begründung“ für die Aktion dermaßen absurd, daß sich selbst der Sicherheitsrat, der in der letzten Zeit schon allerhand Interventionen genehmigt hat, nicht zu einer Billigung des US-Überfalls in der Lage sah. Die arabische Liga und der Vertreter der Volksrepublik China kritisierten den US-Überfall direkt. In Bagdad demonstrierten tausende von Irakern gegen den US-Terrorangriff. — (rūl)

Frankreich: Proteste gegen Ausländerpolitik

In Frankreich nehmen die Proteste gegen die rassistische, reaktionäre Ausländerpolitik der neuen Regierung zu. Am 18. Juni hatte die französische Nationalversammlung mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und unter dem Beifall der faschistischen Rechten ein neues Einwanderungsgesetz verabschiedet, das Ausländern den Erwerb der französischen Staatsbürgerschaft erschwert,

Aufenthaltsbewilligungen weiter einschränkt, den Zuzug von Familienangehörigen von bereits in Frankreich lebenden Ausländern erschwert und die Abschiebung von in Frankreich lebenden Ausländern erleichtert. Wer sich weigert, seine Identität zu nennen, kann bis zu drei Monate in Beugehaft genommen werden. Die Entscheidung über Asylanträge wird vom Außenministerium auf das Innenministerium und die Polizeibehörden übertragen. Die Nationalversammlung verabschiedete das Gesetz mit 480 gegen 88 Stimmen. Einen Tag darauf demonstrierten allein in Toulouse mehr als 1000 Menschen gegen dieses Gesetz und die Ausländerpolitik der Regierung. In Paris beteiligten sich nach Polizeiangaben am gleichen Tag etwa 8000 Menschen an einer weiteren Protestaktion, nach Angaben der Veranstalter — Antifaschisten, Kommunisten, Gewerkschaften u. a. — sogar ca. 20000 Personen.

Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 22.6. — (rūl)

Journalistenverfolgungen in Uruguay

Am 10. Juni wurden die beiden Journalisten Eleuterio Fernandez Huidobro und Jorge Zabalza von der Zeitschrift „Mate Amargo“ zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Beide sind bekannte Führungspersönlichkeiten der MLN-Tupamaros. Das Gericht verurteilte die beiden Journalisten, weil sie in einem Artikel den Staatspräsidenten einen „Esel“ und einen „Betrunkenen“ genannt haben.

Jeder Mensch in Uruguay weiß aber, daß dies nur vorgesetzte Gründe sind. In ihrem Artikel vom 12. Mai wird die Existenz von Todesschwadronen in Uruguay nachgewiesen. Die Journalisten beschreiben die Todesschwadronen als Gruppen, die teilweise zum legalen Repressionsapparat (Polizei, Militär) gehören, in denen aber auch Zivilpersonen tätig sind. Der Artikel untersucht die Tätigkeit der Todesschwadronen von 1971 bis heute und wirft dem amtierenden Präsidenten Alberto Lacalle vor, unfähig gegenüber den Provokationen der Militärs zu sein.

Gerade in jüngster Zeit häufen sich die Anschläge auf linke und kritische Persönlichkeiten. So wurde am 23. April d. J. der MLN-Tupamaro Ronald Scarzella ermordet aufgefunden. Eine der Töchter Scarzellas erhält einen Tag nach dem Mord an ihrem Vater Morddrohungen. Ein Gewerkschaftskollege Scarzellas wird ebenfalls mit dem Tod bedroht. Das Haus der Witwe von Raul Sendic, Xenia Itte, sie ist Präsidentin des „Movimiento por la Tierra“, einer von Raul Sendic mitgegründeten Landarbeiterbewegung, wird mit Hakenkreuzen, Beleidigungen und Morddrohungen beschiert. Das Büro des „Movimiento“ wird überfallen. Journalisten, die über diese Fälle berichten, werden jetzt verstärkt vor die Gerichte gezerrt. Verurteilungen gegen drei Journalisten der Wochenzeitung „Brecha“, den Nachrichtenredakteur eines privaten Fernsehkanals, der auf streikende Arbeiter einprügelnde Polizeibeamten zeigte, und schließlich die jüngsten Verfahren gegen Huidobro und Zabalza zeigen, was es mit der angeblichen Demokratie in Uruguay auf sich hat.

Der uruguayische Radiosender „Panamericana“ hat jetzt zu weltweiten Protestaktionen gegen die Journalistenverfolgung in Uruguay aufgerufen. — (hav)

Großungarische Rechte bildet neue Partei

Bislang elf Abgeordnete sind Ende Juni aus der Regierungspartei „Ungarische Demokratische Partei“ (MDP) ausgetreten und haben eine eigene, völkisch-faschistische und großungarische Partei namens „Ungarische Partei der Gerechtigkeit“ gebildet. Die neue Partei erhebt Ansprüche auf Territorien der Slowakei und Rumäniens und will ein neues „Großungarn“ anstreben. Damit verbunden ist eine völkische Hetze gegen nicht-ungarische Personen, Roma u. a. Führer der Partei ist der Schriftsteller Istvan Csurka. Die elf Abgeordneten hatten bereits aus der Regierungspartei MDP heraus völkisch-großungarische Hetze betrieben, was zu beträchtlichen Spannungen mit den Regierungen der Slowakei und Rumäniens geführt hatte. Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 25.6. — (rūl)



Faschistische weiße Siedler in Südafrika werden immer dreister. Mit offensichtlicher Duldung durch den Sicherheitsapparat des Regimes drangen am 25. Juni rund 500 Mitglieder der faschistischen AWB unter Zuhilfenahme eines gepanzerten Jeeps in den Konferenzsaal der Demokratie-Konferenz ein, in der die Befreiungsorganisationen ANC und PAC, weitere Organisationen des Schwarzen Widerstands und Vertreter des herrschenden Regimes und seiner „Homeland“-Marionetten berieten. Unser Bild zeigt bewaffnete Mitglieder des AWB mit ihren faschistischen Abzeichen und Waffen im Konferenzraum. Vertreter von ANC und PAC verurteilten die provokatorische Aktion und das Verhalten der Sicherheitsorgane des Regimes auf das Schärfste und forderten die umgehende Festnahme der Täter. — (rūl)

Streiks im Einzelhandel Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen haben die ersten Belegschaften im Einzelhandel gestreikt. Die Gewerkschaft HBV hatte nach der ergebnislosen Verhandlung am 14.6.1993 das Scheitern der Tarifverhandlungen erklärt und die Mitglieder zu Arbeitskampfmaßnahmen aufgerufen.

Sowohl der Gehalts- und Lohntarif als auch der Manteltarif sind offen. Die HBV strebt seit dem letzten Jahr an, für die Verkäuferinnen ein Endgehalt von 3000 DM brutto nach sechs Tätigkeitsjahren zu erreichen. Das letzte Angebot des Einzelhandelsverbandes dazu lautete auf jeweils 100 Mark mehr zum 1.4.1993 und zum 1.4.1994, für alle anderen Lohn- und Gehaltsgruppen 3,3 Prozent.

Die Verhandlungen sind schwierig, da in Nordrhein-Westfalen bisher im Manteltarif die sechswöchige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall nicht enthalten ist, im Unterschied zu den übrigen Bundesländern außer Bremen und Niedersachsen. Dazu boten die Arbeitgeber nichts an. Sie waren auch nicht bereit, über eine Angleichung der Kündigungsfristen von Arbeitern und Angestellten in Richtung der bisher besseren Regelung für die Angestellten zu verhandeln. Vielmehr verlangten sie die Streichung der tariflichen Kündigungsfristen von

sechs Wochen zum Quartalsende für Angestellte und verweigerten eine verbesserte Regelung für Arbeiterinnen und Arbeiter.

In der vergangenen Woche wurden die Aldi-Filialen flächennäßig im Siegerland und im Bergischen Land bestreikt. In Köln streikte Interspar einen Tag, die Belegschaft von Alkauf in Hürth bei Köln am 24.6., also am langen Donnerstag. Samstag, den 26.6., streikte die Belegschaft der Bahnhofsbuchhandlung im Kölner Hauptbahnhof ebenfalls den ganzen Tag von 4.00 Uhr morgens bis Mitternacht. Die Beschäftigten hatten einen zusätzlichen guten Grund: Die Einzelhandelsunternehmer hatten gefordert, daß die tariflichen Zuschläge für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit in Bahnhöfen und Flughäfen gestrichen werden sollten. Der Bundesgrenzschutz, der die Funktion der Bahnpolizei übernommen hat, wollte das Anbringen der Streikaufufe und -informationen an den Läden verhindern mit der Begründung, Plakieren im Bahnhof sei verboten. Er konnte sich mit dieser Meinung jedoch nicht durchsetzen.

Am Montag, den 28.6., wurden die Tarifverhandlungen in Düsseldorf wieder aufgenommen. Bis zum Redaktionsschluß lag noch kein Ergebnis vor. — (anl)

Für Bezahlung der Gefangenearbeit!

Augsburg. Der Verein „Aufschluß“ unterstützt eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht dagegen, daß Gefangenearbeit fast nicht bezahlt und nicht sozialversichert wird. Der Zweite Senat hat die Klage im August zugelassen und einen umfangreichen Fragenkatalog an Bundes- und Landesregierungen sowie zahlreiche Verbände verschickt, um die gesellschaftliche Wirklichkeit zu erfassen und sich ein Urteil bilden zu können. Die Klage erscheint demnach aussichtsreich.

Es geht um die miserable Bezahlung der Gefangenearbeit und um die fehlende Rentenversicherung für Gefangenearbeit. Bemerkenswerterweise ist seit 1977 im Strafvollzugsgesetz die Einbeziehung von Strafgefangenen in die gesetzliche Altersversorgung vorgesehen. Der Gesetzgeber hat dies aber bisher nicht vollzogen. Um Geld zu sparen?

Wo wessen Geld gespart wird, das herauszufinden, ist auch eine Absicht des Vereins. Gefangenearbeit wird mit durchschnittlich 1,20 Mark entlohnt — das bekommt die/die Gefangene von der Justizverwaltung gutgeschrieben, aber nicht einmal voll ausbezahlt. Denn davon wird ein Drittel einbehoben und als „Entlassungsgeld“ zwangsweise angebracht.

Der Rest steht zur Verfügung für den persönlichen Bedarf. Für 160 Stunden Arbeit im Monat kommen so 120 Mark zusammen.

Die Entgeltzahlungen der Arbeitgeber gehen an die Justizverwaltung. Diese Zahlungen liegen je nach Qualifikation der Tätigkeit vielleicht zwischen 12 und 14 Mark, in manchen Fällen aber auch zwischen 30 und 40 Mark je Stunde.

Ein Freigänger der Jugendvollzugsanstalt (JVA) Landsberg, der tagsüber einer normalen und mehr oder weniger normal bezahlten Arbeit außerhalb der JVA nachging, prozessierte gegen die Vorenthalaltung des so verdienten Lohns durch die Justiz. Negative Urteile ergingen 1990 durch das Landgericht Augsburg und 1991 durch das Oberlandesgericht München. Nun liegt der Fall vor dem Bundesverwaltungsgericht. Es steht die Frage, wem das Geld gehört, das von Kapitalisten für die Arbeit von Gefangenen als Lohn bezahlt wird.

Tatsächlich brauchen die Häftlinge dringend Geld, wenn sie ihr Leben während und nach der Haft ordnen wollen. Oft sind ohnehin bereits Schulden aufgelaufen. Oft brauchen Familienangehörige Hilfe zum Lebensunterhalt, wenn sie nicht die Sozialhilfe in Anspruch nehmen sollen. Jedenfalls ist nach der Entlassung Geld vonnöten, und zwar mehr als die etwa 300 Mark, die derzeit

„angespart“ werden. Im Alter ist entscheidend, ob und wie lange Rentenversicherungsbeiträge entrichtet wurden.

Wie steht der Verein „Aufschluß“ zu der Frage der Kosten, die die Gefangen für Unterhalt und Bewachung verursachen? Man kann ja die Meinung vertreten, die Einbehaltung des größeren Teils der Lohns durch die Justizverwaltung sei gerechtfertigt als Ausgleich für Unterkunft und Verpflegung. Dagegen argumentierten die Vertreter von „Aufschluß“ bei einem Pressegespräch etwa wie folgt:

— Es ist durchaus gerechtfertigt, einen Haftkostenbeitrag von vielleicht 450 Mark monatlich für Verpflegung und Wäsche einzubehalten; man sieht aber nicht ein, warum der Bauunterhalt und die Gehälter des Wachpersonals aus der Gefangenearbeit finanziert werden sollen.

— Die Gesellschaft hat beschlossen, daß es Gefängnisse geben soll, dann muß sie sie auch unterhalten und kann die Gelder nicht aus der Gefangenearbeit finanzieren. Zwangsarbeit gibt es laut Gesetz nicht.

— Wenn die Arbeit ethische Werte vermitteln soll, dann gehört dazu auch die angemessene Bezahlung.

Angemessene Bezahlung würde auch das Interesse an Berufsausbildungsmöglichkeiten erhöhen, die im Prinzip bereits bestehen, aber wenig genutzt werden (in Bayern im Oktober letzten Jahres 8,5 Prozent der Gefangenen).

— Die in Haft Genommenen könnten soweit möglich als Freigänger ihre frühere Arbeit weiterführen oder in ein anderes Beschäftigungsverhältnis eintreten. Die gibt es in Bayern nur für 0,4 Prozent der Häftlinge, in Baden-Württemberg sind es 12 Prozent.

— Angemessene Bezahlung läßt auch den Opferausgleich ins Gesichtsfeld rücken, so daß Straftäter(innen) nicht nur ihre Auseinandersetzung mit dem Staatsapparat wahrnehmen, sondern daran gehen könnten, den Schaden, den sie gegenüber jemandem verursacht haben, auszugleichen. Dieser Opferausgleich wird vom Verein „Aufschluß“ als sehr wichtig für die Resozialisierung angesehen.

Eine Gesellschaft, die den im Gefängnis Befindlichen die Möglichkeit nimmt, ihre sozialen Beziehungen zu regeln, nimmt billigend in Kauf, daß Entlassene nach ersten Fehlschlägen in „Freiheit“ erneut zu gesetzwidrigen Mitteln greifen, um zu überleben.

Verein „Aufschluß“ e.V., Klinkertorstraße 6, 8900 Augsburg. Bankverbindung: Stadtsparkasse Augsburg, BLZ 720 500 00, Kto. 081 113 3. — (mif)

Protest gegen Karenztage in bayer. Metallindustrie

München. Nach Angaben der IG Metall Bayern protestierten mit vielfältigen Aktionsformen über 56500 Arbeitnehmer/innen gegen die geplante Einführung von Karenztagen als Finanzierungsausgleich für die Arbeitgeber bei der Einführung der Pflegeversicherung. Die Schwerpunkte der Aktionen lagen in Ingolstadt, Rosenheim, Regensburg, Augsburg, Schweinfurt und Würzburg. Die Protestformen reichten von einstündigen Arbeitsniederlegungen über Pausenverlängerung bis hin zu „produktionshemmenden“ Nachfrage-Aktionen bei den gewerkschaftlichen Vertraulsen und Betriebsräten im Betrieb. Der bayerische IG Metall Bezirksleiter Werner Neugebauer wertete die Aktivitäten als erfolgreiche „Vorspeise zum nachfolgenden Protest-Menu“ für den anstehenden Herbst. — (dil)

Abschaffung der lebenslangen Haft gefordert

Karlsruhe. Die Gefangenenviertretung des Bruchsaler Gefängnisses hat eine Petition an den Strafvollzugsbeamten der baden-württembergischen CDU, MdL Heribert Rech, geschickt. Die Gefangenenviertretung fordert von Rech, sich für die Abschaffung der lebenslangen Haftstrafe einzusetzen. Rech hat zugesagt, nach der Sommerpause eine Diskussion im Landtag zu diesem Thema zu erreichen. Rech hat auch zu bedenken gegeben, ob nicht von Baden-Württemberg eine Bundesratsinitiative zum Thema Abschaffung der lebenslangen Haftstrafe ausgehen solle. Verschiedentlich ist in letzter Zeit in der Öffentlichkeit gegen die lebenslange Haftstrafe argumentiert worden. U.a. hat der Leiter der

JVA Bruchs, Preusker, geäußert, die lebenslange Freiheitsstrafe sei nicht mehr „zeitgemäß“. Die Haft müsse ein „planbares Ende“ haben. Allein in Bruchsal sitzen mehr als 100 Gefangene mit lebenslänglichen Strafen. — (map)

Bessere Eingruppierung der Krankenhausbeschäftigte!

Hamburg. Am 15. Juni demonstrierten in Hamburgs staatlichen Krankenhäusern die Beschäftigten der „medizinischen Hilfsberufe“ (u.a. medizinisch-technische AssistentInnen, LogopädiInnen, KrankengymnastInnen). Sie fordern eine bessere Eingruppierung, da die Tätigkeitsmerkmale im Bundesangestelltenttarifvertrag (BAT) in die Jahre gekommen sind und eine MTA als Berufsanfänger inzwischen weniger verdient als eine Krankenschwester. Die Tarifverhandlungen stagnieren, seit die Arbeitgeber behauptet haben, das Gesundheitsstrukturgesetz lasse keinen Spielraum für solche Verbesserungen. Das Tarifsekretariat der ÖTV hat diese Behauptung widerlegt. Die Krankenhausleitungen wurden aufgefordert, die Forderungen zu unterstützen, da sonst ein Personalnotstand droht. — (flm)

Bundesregierung sieht keinen Handlungsbedarf

Waldkirch. Seit acht Monaten ist Stephan Waldberg, Mitarbeiter und Journalist bei Radio Dreyeckland, in der Türkei inhaftiert. Am 29. April 1993 ist die Botschaft in Ankara vom türkischen Justizministerium informiert worden, daß die Haftverbüßung bei „guter Führung“ auf 42 Prozent reduziert werden soll. Stephan Waldberg wurde dies auch mitgeteilt. Bereits am 14. Mai 1993,

fünf Tage vor dem Türkeibesuch von Bundeskanzler Kohl, unterrichtete das türkische Justizministerium die deutsche Botschaft, daß ihnen ein „peinlicher Irrtum“ unterlaufen sei, die Mindesthaftstrafe betrage 75 Prozent der Gesamtstrafe (Freilassung frühestens im August 1993). Der Bundeskanzler teilte in Ankara mit, daß Experten beider Seiten bald die Frage einer Rückkehr nach Deutschland prüfen werden. Mittlerweile scheint Bundeskanzler Kohl keinen Handlungsbedarf zu sehen. — Am 14. Mai 1993 wurde der britische Journalist Andrew Norman Penny bei seiner Einreise aus dem Nordirak/Südkurdistan festgenommen. Auch er wurde der „Unterstützung der Kurieraktivität für die PKK“ beschuldigt. Elf Tage später wurde Penny aufgrund des starken Drucks der britischen Botschaft und des Außenministeriums freigelassen. Dieses und andere Beispiele zeigen, daß es der deutschen Diplomatie möglich sein muß. Stephan Waldberg sofortige Freilassung zu erwirken. Der Freundeskreis Stephan Waldberg sammelt Unterschriften zur Bekräftigung dieser Forderung. — Quelle: Offener Brief des Freundeskreises

Streiks in der Textilindustrie

Seit dem 24. Juni 1993 streiken 4500 Beschäftigte in der Textilindustrie für die Tarifforderung von 6 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Der Arbeitgeberverband hat bisher ein Angebot von 3,1 Prozent vorgelegt. Die Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) teilte mit, daß weiterhin 15 Betriebe in Westfalen und acht Betriebe in Württemberg bestreikt werden. Nach den gescheiterten Tarifverhandlungen hatten in den Urabstimmungen über 90 Prozent der GTB-Mitglieder für Streik gestimmt. — (res)



Sinnvolles Studieren für LehrerInnen!

Stuttgart. Etwa 300 Studentinnen und Studenten der Pädagogischen Hochschulen in Baden-Württemberg demonstrierten am 21.6. gegen schlechte Studienbedingungen. Ende der 80er Jahre wurden vier PHen geschlossen, heute studieren z.B. an der für 2000 Studierende gebauten PH in Ludwigsburg doppelt so viele; in sechs Semestern müssen Kenntnisse in sieben Fächern erworben werden. Gefordert wird u.a.: mehr Lehrkräfte an die PH, eine langfristig durchdachte Einstellungspolitik, das Studium von zwei Fächern & Pädagogik in acht Semestern, mehr Räume und bessere Materialausstattung. — (evc)

Aktionstage Bosch: Erste Erfolge gegen Lohnabbau!

Stuttgart. Am Donnerstag, den 17. Juni 1993, demonstrierten erneut bundesweit die Bosch-Belegschaften gegen das Kahlschlag-Programm der Konzernleitung. Tags darauf beschloß der Bosch-Aufsichtsrat die von der Gesellschafterversammlung beantragten Veränderungen in der Geschäftsführung. Der Arbeitsdirektor und gleichzeitige Personalchef scheidet vorzeitig aus. Sein Vertrag wäre erst Ende 1997 ausgelaufen. Außerdem verlassen die Geschäftsführung: Martin Sälzer, dessen Bereich Mobile Kommunikation nicht den erhofften Ertrag erwirtschaftet hat, altershalber Herbert Weber und der Vorsitzende Bierlich selber. Ihre Aufgaben werden auf die übrigen Geschäftsführer aufgeteilt. Merkle, der eigentliche Macher bei Bosch, zieht sich zurück, bleibt aber immer noch die graue Eminenz im Hintergrund. Der Bosch-Konzern befindet sich derzeit in schwieriger Lage: VW mit dem neuen Einkaufschef López de Arriortúa drückt auf die Preise, und die anderen Autokonzerne folgen seinen Spuren. Seit Januar 1993 dümpelt der Bosch-Konzern in der Fertigung immer tiefer in die roten Zahlen. Doch keine Sorge um das Bosch-Monopol: Die Kriegskassen sind gefüllt und Steuergeschenke und Zinseinnahmen werden auch in diesem Jahr 1993 ausreichen, damit in der Bilanz ein Jahresüberschuss ausgewiesen wird!

Die konsequente Haltung des Gesamt-

betriebsrats hat den Zusammenschluß der Belegschaften gestärkt. Die Aktionen am 17. Juni waren ein weiterer Beleg dafür. Allein die Feuerbacher Belegschaft legte zum vierten Mal in drei Monaten die Arbeit nieder. Der Protest hat Wirkung gezeigt. Für den Standort Feuerbach hat die Konzernleitung die angekündigten Entlassungen für das Jahr 1993 zurückgenommen. Der Personalabbau von 1050 Beschäftigten erfolgt über Vorrustungsregelungen und Abfindungen. Damit werden die Kosten auf die Versicherungskassen übergelebt, auf das Arbeitsamt und die Rentenversicherung.

Die angekündigte Kürzung der Schichtzulagen auf rein tarifliche Bestandteile ist inzwischen auch zurückgenommen worden. Dem Gesamtbetriebsrat wurde der Vorschlag unterbreitet, die betrieblichen Bestandteile der Schichtzulagen um drei Prozentpunkte zu kürzen. Der Gesamtbetriebsrat lehnt aber weiter jede Kürzung ab und besteht auch auf der Erhöhung der Löhne und Gehälter um die Drei-Prozent-Tarifhöhung von April.

Diese Haltung des Gesamtbetriebsrats erhielt kräftige und nötige Unterstützung auf der Betriebsräteversammlung der Robert Bosch GmbH am 23./24. Juni 1993 in Fellbach. Delegationen aus verschiedenen Standorten begrüßten die noch amtierenden Herren Bierlich und Bensinger und überreichten Unter-

schriftslisten. Die Geschäftsführung mußte sich den Fragen stellen, ließ aber keinen Zweifel aufkommen: Sie ist nicht bereit, die Anrechnung der Tarifhöhung zurückzunehmen! Dabei hat die Robert Bosch GmbH Rücklagen von acht Milliarden DM aufgehäuft und weist in der Bilanz für 1992 einen Jahresüberschuss von 753 Millionen DM aus! Der Umsatz je Beschäftigten ist 1992 um 10 Prozent auf 275000 DM angestiegen. Allein für 661 Mio. DM hat die Robert Bosch GmbH 1992 Beteiligungen an Firmen erworben oder ausgeweitet. Schwerpunkte waren dabei die USA und Japan. In der Bundesrepublik selber hat Bosch weniger investiert. Die Zinseinnahmen von 380,6 Mio. DM sprechen eine deutliche Sprache.

Angesichts einer solchen Bilanz befürchteten die anwesenden Betriebsräte einstimmig die Haltung des Gesamtbetriebsrats. Der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats meinte: „Wir werden alles tun, um die Zusatzeinbußen zu erhalten. Die Einkommenseinbußen durch Kurzarbeit sind schon schmerlich genug. Die Großdemonstration vom 20. April kann jederzeit, mit noch größerer Beteiligung, wiederholt werden.“

An Minister Blüm verabschiedete die Betriebsräteversammlung einen Brief, in dem sowohl die Karenztage als auch der Eingriff in die Tarifautonomie als schärfste abgelehnt werden. — (rlw)



Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule Köln-Holweide wachten vier Tage lang von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens vor dem Haus einer Mitschülerin. Auf den Tischtennisplatten des Spielplatzes und im Keller des Hauses waren Nazi-Schmierereien gemalt worden (Hakenkreuze, Ausländer raus, Sieg Heil). — (u.b.)

Einzelhandel Bayern: Reallohn nicht gehalten

München. Die Einzelhandelskapitalisten legten für den MTV einen Gegenentwurf vor: Anrechnung von Krankheitszeiten auf Urlaub und Urlaubsgeld, faktische Beseitigung von Mehrarbeitszuschlägen, Beseitigung von Regelungen zu Arbeitszeitmodellen im Verkauf. Zumindest das wurde abgewehrt.

Bei Lohn und Gehalt setzten sie bereits vor der Tarifrunde ein Signal: im Tarifabschluß 92 war durchgesetzt worden, daß die Verkäufer/innen in der Endstufe und die Gewerblichen in der LG IIa eine weitere Erhöhung von 40 DM (bzw. 50 DM) ab 1.4.93 erhalten. Besonders im Kauf- und Warenhausbereich wurde dies mit dem Übertarif verrechnet.

Trotz (schlechteren) Vorgaben in anderen Tarifbezirken konnte wenigstens in den untersten Lohngruppen ein Abschluß zwischen 4,6 % und 3,7 % durchgesetzt werden. In der BG II (Verkäufer/innen) wurde auch das Ziel: 3000 DM Endgehalt in diesem Jahr, erreicht. Aber insgesamt bleibt der Abschluß unter der Inflationsrate und das auch noch erkauf mit einer Laufzeit von 24 Monaten. — (dar)

Kfz-Streik in der siebten Woche

Kiel. Der Streik im Kfz-Handwerk geht in Schleswig-Holstein in die siebte Woche. Der Verband der Kfz-Unternehmen beharrt auf dem Angebot von 4 % bei einer Forderung von 7,5 Prozent, und der Festschreibung der Arbeitszeit auf 37 Stunden. Die IG-Metall macht immer wieder deutlich, daß es nicht einzusehen ist, daß das Kfz-Handwerk von der Me-

tallindustrie abgekoppelt wird. Der Streik wurde in der 6. Woche auf jetzt 29 Betriebe ausgeweitet. Außerdem fanden in weiteren Betrieben Warnstreiks statt. Die Stimmung unter den Streikenden ist trotz der schwierigen Kampfflage gut. In vielfältigen Aktionen versuchen sie auf den Streik aufmerksam zu machen. (nach: *Kritik und Widerstand/kaq*)

Kasernenbenennung nach Faschist bleibt bestehen

Füssen. Trotz einer Intervention des Bundestags-Petitionsausschusses hat sich die Bundeswehr-Führung dagegen entschieden, die Generalober-Dietl-Kaserne umzubenennen. Seit Jahren findet um die Namensgebung eine öffentliche Auseinandersetzung, hervorgerufen durch eine Straße gleichen Namens in Kempten, statt. Dietl war erklärter Nationalsozialist und hat es im zweiten Weltkrieg zu abstoßender Berühmtheit gebracht. Von den Kräften in und rechts von der CSU wird er in einer nicht abreißenden wollenden Kampagne als volkstümlicher, gutherziger Naturbursche verklärt, dem das Allgäu viel zu verdanken habe. Der Bundeswehr, die unverschämt behauptet, solange es nicht Beweise gebe, die Dietl in ein anderes Licht rückten, könne sie mit dem Namen leben, ging eine Abstimmung im Füssener Stadtrat voraus, die mit 20 zu vier Stimmen eine Initiative der SPD auf Umbenennung niederbügelte. Kasernenkommandeur und Vertrauensleute hätten sich für die Namensbeibehaltung stark gemacht. Die Gegner dieser Naziverherrlichung werden als relativ kleine Gruppe abgetan. In Kempten konnte dieselbe Straßenbenennung zu Fall gebracht werden. Vor Jahren war dies am CSU-Widerstand gescheitert. — (die)

Aktionen gegen Obdachlosigkeit und Wohnungsnot

In 120 Städten in der Bundesrepublik fanden in der Nacht vom 25. auf den 26. Juni Aktionen statt zur „Nacht der Wohnungslosen“. Europaweiter Initiator dieses Euro-Sleep-out '93 war FEANTSA, der europäische Dachverband der Obdach- und Wohnungslosenhilfe. In der Bundesrepublik hat die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. die Koordination der Aktion übernommen, die auch von folgenden Organisationen mitgetragen wurde: AWO Bundesverband, BAG Soziale Brennpunkte, Deutscher Caritasverband, DGB, Deutscher Mieterbund, DPWV, Diakonisches Werk der EKD. Insgesamt beteiligten sich an den Kundgebungen und Veranstaltungen mehrere tausend Menschen; dem Aufruf, die Nacht mit dem Schlafsack im Freien zu verbringen, folgten dagegen nur wenige. Wir berichten über zwei Veranstaltungen in Baden-Württemberg.

In Karlsruhe beteiligten sich bis zu 500 Leute an der „Nacht der Wohnungslosen“, die vom „stadtweiten Bündnis gegen die Wohnungsnot“ durchgeführt wurde. Gefordert wurde u.a.: Mehr Planstellen für Streetworker, Notunterkünfte dürfen nicht als Dauerunterkünfte behandelt werden. Mehr städtische Unterbringungsmöglichkeiten, Ersetzung der Sammelunterkünfte durch kleine Einheiten, ein differenziertes Angebot für verschiedene gesellschaftliche Gruppen (z.B. Jugendliche). Die Stadt soll Wohnungen kaufen, um sie an Wohnunglose zu vermieten. Die Stadt soll mit Darlehen bei Mietzahlungsunfähigen

keit einspringen. Kritisiert wurden die skandalösen Zustände in den bestehenden städtischen Sammelunterkünften. „Neben dem Bunker in der Erzbergerstraße ist das Wohnheim Rüppurer Straße ein weiteres deutliches Beispiel dieser bewußt in Kauf genommenen Katastrophe. In der Rüppurer Straße werden 128 Menschen nicht übergangsweise, sondern dauerhaft untergebracht. Die Empfehlungen des Landes sehen 10 qm pro Person vor. In Karlsruhe wohnen Menschen zu viert auf 13 qm, es stehen ihnen damit ein halbes Etagenbett, ein Viertel eines Küchenschanks und ein Spind zur Verfügung. Es gibt kein Privatleben, keine Intimsphäre für die BewohnerInnen.“ (aus dem Karlsruher Aufruf)

In Stuttgart kamen etwa 200 Menschen zu der Kundgebung auf dem Schloßplatz. Die Rednerinnen und Redner, darunter der Vorsitzende des Stuttgarter Mietervereins R. Gassmann und der DGB-Landesvorsitzende S. Pommerenke, forderten bezahlbare Wohnungen für diejenigen, die sich keine Eigentumswohnungen leisten können. Derzeit, so Pommerenke, zahlt das obere Drittel für 50 bis 60 qm pro Person maximal 10 % des Einkommens, das mittlere Drittel 20 % für etwa 30 qm und das untere Drittel über 30 % für gerade 10 bis 15 qm. Wohnunglose brauchen keine Dauernotunterkünfte, sondern normale Wohnungen. Auf dem Weg dahin sind menschenwürdige Zwischenlösungen erforderlich, das heißt auch die Möglichkeit für Wohnunglose, selbst Berberdörfer zu bauen. Architekturstudenten hatten ein Modell ausgestellt, wie

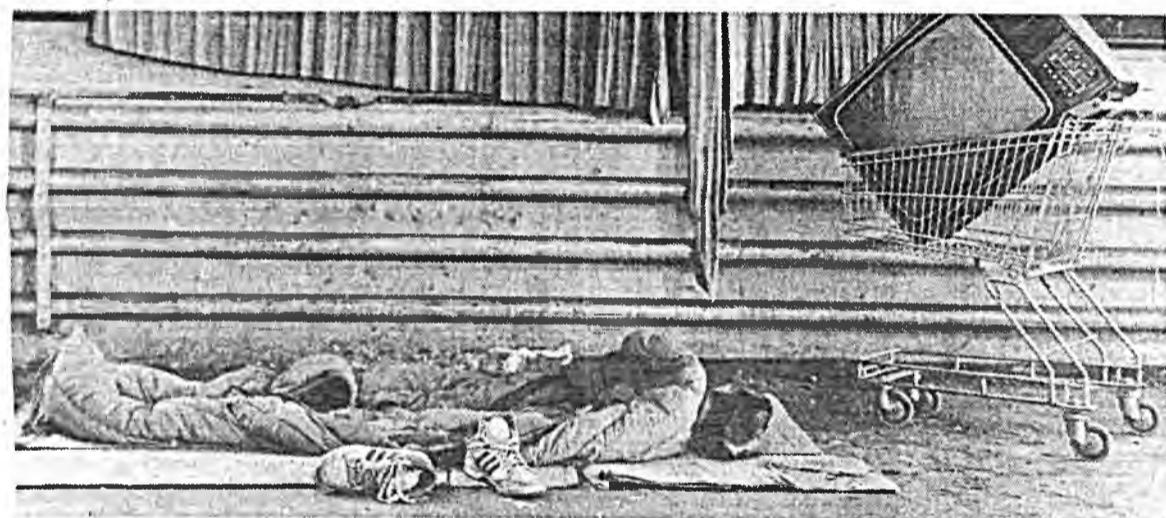
so ein nicht von Vertreibung bedrohtes Camp aussiehen könnte.

Von Betroffenen selber gab es kritische Stimmen. „Handeln statt Reden“ war zu lesen, „Ich bin die Nummer 4500 beim Wohnungsamt“, erklärte ein Wohnungloser.

Im folgenden Auszüge aus dem *Adler-Express*, einer Karlsruher Zeitung von Wohnunglosen für Wohnunglose, eine Information von Wohnunglosen für die Öffentlichkeit:

Wohnungslos, oft auch als „obdachlos“ bezeichnet, hat nichts mit der verstaubten Romantik des Clochards zu tun, wie wir sie aus den Filmen von Paris kennen. Obdachlosigkeit ist ein soziales Problem, was durch die enge Situation auf dem Wohnungsmarkt ständigbrisanter wird. Insbesondere nimmt die Zahl der jungen Leute (zwischen 25 und 35 Jahre) erheblich zu. In Karlsruhe und Umgebung sind hier schätzungsweise insgesamt 500 Menschen davon betroffen, wovon rund 300 in irgendwelchen Einrichtungen (auch in Pensionen und Hotels) untergekommen sind. Rund 200 Menschen, vor allem Männer, leben Tag für Tag ohne Dach über dem Kopf auf der Straße oder „schieben Platte“, wie es im Fachjargon heißt. Die Zugangswege in diese Situation sind sehr vielschichtig, es können sowohl familiäre Probleme wie Scheidung, Verlust des wichtigsten Partners, Arbeitslosigkeit, Überschuldung, Gefängnisstrafen, psychische Krankheiten, Alkohol und Drogen oder auch einfach ein zu geringer Verdienst dazu führen ...

— (evc, map)



aus: *Casa nostra*, Zeitung zur Nacht der Wohnunglosen

DSR: Reederkonkurrenz erwirkt Zerschlagung

Hamburg. Die ÖTV hat das Bundesfinanzministerium aufgefordert, die Zustimmung zum Verkauf der Deutschen Seereederei in Rostock an die Beteiligungsgesellschaft für Grund- und Schiffsvermögen (BGS), Hamburg, zu versagen. Mit der Behauptung, die DSR mache täglich eine Mio. DM Verlust, und unter dem Druck eines auf den 1.6. befristeten Angebots der Hamburger Bewerber hatte die Treuhand diesen den Zuschlag eilig erteilt, obwohl selbst der Treuhandausschuß des Bundestages zu einer Vertagung der Entscheidung geraten hatte. Die Hamburger erhielten dann die DSR, deren substantieller Wert auf 500 Mio. DM beziffert wird, plus einem Sanierungszuschuß der Treuhand von 200 Mio. DM für einen Kaufpreis von 10 Mio. DM plus einem Gesellschafterdarlehen von 10 Mio. DM. Zu dem Vermögen der DSR gehören u.a. ca. 700000 qm Immobilienbesitz in guter Lage. Eberhard Wagner, der Gesamtbetriebsrats-Vorsitzende, erklärte: „In Wirklichkeit wirft die THA der DSR vor, einen Teil ihrer Substanz — erarbeitet in 40 Jahren durch Engagement, Arbeitskraft und Schweiß vieler tausender Seeleute und Landbeschäftigte — für den sozialvertraglichen Abbau von ca. 11000 Arbeitsplätzen eingesetzt zu haben. Damit kann sie den Herren Rahe und Schües nur noch einen Betrieb mit einem Wert von 500 Millionen DM kostenlos an den Hals werfen ... Hiermit

Risse, Pfuschereien und Leukämie Demonstration gegen Brunsbüttel

Brunsbüttel. In den letzten Monaten ist die Nutzung der Atomenergie mehrfach wieder in die Schlagzeilen geraten. In den Rohren des AKW-Brunsbüttel, die hochradioaktives Wasser befördern, hergestellt aus dem angeblich rüfffesten Stahl Austenit, wurden über 250 Risse entdeckt.

Die Reaktorsicherheitsbehörde in Kiel vermutete schon im September 1989 in einem internen Papier an diesen Rohren dramatische Mängel. „Die Aufsichtsbehörde muß davon ausgehen, daß sich die Anlage in einem Zustand befindet, der eine Gefahr für das Leben und die Gesundheit darstellt.“ Doch trotz dieser Einschätzung der Sicherheit in Brunsbüttel haben die Kieler Amtsstuben zur Zeit weder die Stilllegung des Reaktors verfügt, noch die erforderliche Wiederaufnahmegenehmigung nach der jährlichen Revision verweigert.

Immerhin: Ein Austausch der Rohre scheint geplant. Doch wie so oft streiten sich die Geister bei den Hamburger Elektrizitätswerken (HEW) und der Aufsichtsbehörde in Kiel. Nach Angaben der HEW sind die Austauschrohre bereits gekauft und lagern in Brunsbüttel. Aber sie sind erheblich schwerer als die alten, sie haben einen kleineren Durchmesser, dafür aber eine wesentlich stärkere Urmwandlung. Neue Sicherheitsberechnungen und Anpassung oder Austausch neuer Sicherheitsventile sind die Folge. Die notwendige Anpassung

dieser Sicherheitsventile an die neuen Rohre bedeuten für die HEW natürlich erhebliche Kosten. Wohl nicht zuletzt aus diesen Gründen haben die HEW bis heute die Umbauten verzögert.

Angeregt durch die „Rüffdiskussion“ meldeten sich mehrere Mitarbeiter von Firmen zu Wort, die Anfang der achtziger Jahre in verschiedenen AKWs Rohrleitungen verlegt und Prüfungen vorgenommen haben. Sie berichteten von haarsträubenden Zuständen: Schlechte Ausbildung der Arbeiter, mangelnde Kontrollen, Alkohol am Arbeitsplatz, Pfuschereien, um Zeit zu sparen. Eine langsamere und wirksame Kontrolle hätte beim Bau natürlich ebenfalls mehr Geld gekostet. Nicht nur in der Elbmarsch, sondern auch in der Umgebung des AKW-Brunsbüttel, Stade und Brokdorf sind mehrere Menschen an Leukämie gestorben.

Erst jetzt wurde bekannt, daß es im Landkreis Steinburg in den letzten zehn Jahren vier Leukämietote gab und weitere Menschen an ihr erkrankt sind. Auch hier ist als Ursache die radioaktive Strahlung wahrscheinlich. In der sogenannten Michaelis-Studie sind diese Fälle aber noch gar nicht berücksichtigt worden. Diese Studie befaßt sich mit den Ursachen von Leukämiekrankungen und kommt zu dem Ergebnis, daß in der Umgebung von Atomkraftwerken ein erhöhtes Krebsrisiko von Kindern besteht. AKW-Betreiber HEW und Aufsichtsbehörde des an-

geblich ausstiegswilligen Landes Schleswig-Holstein bemühen sich nach Kräften, diesen Zusammenhang zwischen Atomkraftwerken und Leukämie zu vertuschen. Bestimmte Ungereimtheiten bei den Versuchen und Proben rufen inzwischen den Verdacht hervor, daß absichtlich Proben vertauscht wurden. Die Proben müßten jetzt nachträglich mittels des „genetischen Fingerabdrucks“ den Kindern zugeordnet werden, um eine derartige Manipulation auszuschließen. Durch die Atomlobby wurde den Eltern von solch einer Untersuchung abgeraten.

Aus all diesen Gründen hat sich jetzt in Brunsbüttel ein Initiativkreis gebildet, an dem fünfzig Organisationen und Gruppen teilnehmen, die Stilllegung des dortigen Atomkraftwerkes erneut fordern.

Am Samstag, den 26. Juni 1993, zogen circa 1000 AKW-GegnerInnen vom Marktplatz in Brunsbüttel über den Nord-Ostsee-Kanal zum Atomschrottwerk. Mit Redebeiträgen, Musik und Theater machten sie deutlich: Die Atomenergie ist zwar strategisch am Ende, muß aber taktisch noch sehr ernst genommen werden. Und: Das Atomprogramm kann nur fallen, wenn Druck von unten kommt.

— Sofortige Stilllegung des AKW Brunsbüttel
— Stilllegung aller Atomkraftwerke sofort!
— (edl)

Kurz berichtet**Ärzte wollen trotz Urteil Abtreibungen vornehmen**

Potsdam. In einer gemeinsamen Erklärung von Ärzten und kommunalen Krankenhausärzten in Brandenburg erklären diese, auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen. Die Einrichtungen sollen entsprechende Angebote sowie das Netz von 54 Beratungsstellen aufrechterhalten. Aus der Landeshaushaltsskasse sollen 1 Million Mark bereitgestellt werden, um die Einkommensgrenze nach dem Bundessozialhilfegesetz um ca. 400 Mark anzuheben, damit mehr Frauen einen Anspruch auf finanzielle Unterstützung erlangen. Ferner will Brandenburg, das in diesem Jahr 12 Millionen Mark für die kostenfreie Abgabe von Kontrazeptiva bezahlt, eine landeseinheitliche Kostenregelung für Schwangerschaftsabbrüche erlassen.

26 Chefarzte von Frauenkliniken oder gynäkologischen Krankenhausabteilungen Brandenburgs haben erklärt: „Trotz der rechtlich schwierigen Situation und in Verantwortung gegenüber dem ungeborenen Leben stehen wir zu den Frauen, die eine ungewollte Schwangerschaft nicht austragen können und wollen, und wir werden ihnen unsere Hilfe und Unterstützung nicht verweigern.“

Die Brandenburgische PDS hat sich auf ihrem Landesparteitag Anfang Juni für die ersetzbare Streichung des § 218 ausgesprochen und eine Änderung der Landesverfassung verlangt. Danach soll statt dem „Schutz des ungeborenen Lebens“ ein „Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihre Geburten“ aufgenommen werden. — (har)

Nacht der Wohnungslosen

Für die Nacht vom 25. zum 26. Juni hatten Obdachloseninitiativen und Wohlfahrtsverbände eingeladen, gemeinsam im Freien zu übernachten. Diese europaweite Aktion wurde in Deutschland in ungefähr 120 Städten durchgeführt. Die zentrale Veranstaltung fand in Berlin statt. Die Schätzungen über die Beteiligung schwanken zwischen etwas über tausend und viertausend (Veranstalter). Allerdings blieben über Nacht die Obdachlosen dann doch in wesentlichen unter sich. Die Bundesbauministerin erschien nicht. Ein Konterfei von Frau Adam-Schwaetzer wurde daraufhin mit Dartpfeilen gespickt. Bischof Kruse erklärte gleich vorbeugend, die Kirche täte nicht genug, um dem Problem der Obdachlosigkeit zu begegnen. Sozialsenator Stähmer (SPD) wies auf das besondere Marktsegment von 2000 Wohnungen hin, die dazu dienen sollen, daß drohender Wohnunglosigkeit zuvorgekommen wird. Bei 11 000 auf den Sozialämtern registrierten Wohnungslosen allein in Berlin und bei inzwischen 200 000 Obdachlosen in den Ostbundesländern, zeigen die Rezepturen des Bischofs und der Sozialsenatorin Hilflosigkeit. — (chk)

Polizeireserve verfassungswidrig

Berlin. Ein Rechtsgutachten, das von der Gewerkschaft der Polizei in Auftrag gegeben wurde, bewertet die Freiwillige Polizeireserve (FPR) mit der Beendigung des besonderen Status Berlins als verfassungswidrig. Die „dauerhafte, regelmäßige und ständige Ausübung hoheitlicher Befugnisse“ durch die 2000 Hilfspolizisten widerspreche dem Grundgesetz. Die Gewerkschaft plant eine Verfassungsklage. Ein ähnliches Kontrakt sind die „Grenzunterstützungskräfte“ des BGS. Beides sind legalisierte „Bürgerwehren“, billig und nah am „Feind“. — (ard)

Krenz-Erklärung im Prozeß „Mitglieder des NVR-DDR“

Egon Krenz erklärte am 7.6.93 vor dem Berliner Landgericht im Verfahren gegen ehemalige Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrates der DDR (NVR), daß er als letztgewählter Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates der DDR für alle Handlungen von Bürgern der DDR, die sich aus der DDR-Verfassung rechtlich ergeben, die volle politische und moralische Verantwortung übernehme. Krenz, der auf die Geschichte der Grenzziehung zwischen der BRD und der DDR einging und die Grenze als Ergebnis der Verhandlungen zwischen den ehemaligen Siegermächten bezeichnete, machte deutlich, daß sie zur Nachkriegsordnung in Europa gehörte und keiner der Angeklagten die Möglichkeit hatte, das Grenzregime — selbst wenn er es gewollt hätte — zu ändern. Die Auswahl der Angeklagten bezeichnete er deshalb als willkürlich. Er erklärte wörtlich: „Hier sitzen keine Kriminellen, sondern Gefangene des Kalten Krieges; mit Herrn Keßler ein ehemaliges Mitglied des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, dessen Name auf den Todeslisten Hitlers stand.“ Es sei unverständlich, daß ehemalige DDR-Verantwortliche jetzt kriminalisiert würden. Das Grenzregime sei auf der Grundlage eines Befehls des Chefs der Sowjetischen Militärdiktatur vom 23. August 1947 festgelegt worden, als es die DDR noch nicht gab. Auch später habe es Verbrechen zwischen den ehemaligen Alliierten über die Aufrechterhaltung des Status quo in Europa gegeben. Selbst im Kommunikate des Staatsbesuches Honeckers 1987 in Bonn sei kein Wort der Verurteilung zu finden.

„Es ist unverständlich, daß die Verantwortlichen dafür jetzt kriminalisiert werden“, sagte er wörtlich.

Wenn die bundesdeutsche Justiz allerdings davon ausgehe, daß die DDR kriminell gewesen sei, so stelle sich die Frage, wie ehemalige Gesprächspartner der westdeutschen Seite der Begünstigung beschuldigt werden müßten.

Krenz wies die Beschuldigung zurück, die Führung der DDR sei kriminell gewesen, erklärte aber „wir haben politische Fehler gemacht“. Krenz forderte die Aufhebung der Haftbefehle.

Quelle: Neues Deutschland, 8.6.93 — (abe)



10 000 sächsische Lehrer folgten am vergangenen Donnerstag (24.6.) dem Aufruf der GEW zum Warnstreik, rund 4 000 nahmen an einer Kundgebung in Leipzig teil (siehe Bild). Anlaß für die Arbeitsniederlegung ist die angekündigte Erhöhung der Pflichtstundenzahl um 2 bis 4 Stunden, was zu einer Arbeitszeitverlängerung von 4 bis 8 Stunden führen würde. Dabei hat Sachsen (mit Baden-Württemberg) bereits heute das höchste Lehrdeputat. Die sächsischen Lehrer waren zuerst „genötigt“ worden, Teilzeitverträge anzunehmen, um Arbeitsplätze zu retten, was die Entlassung von mehreren tausend Lehrern jedoch nicht verhinderte; jetzt soll ihre Arbeitszeit per Erlaß heraufgesetzt werden. Mit dem Warnstreik soll der Forderung nach Tarifverhandlungen über Arbeitszeitregelungen Nachdruck verliehen werden. — (har)

Die PDS vor ihrem Wahlparteitag

Der Artikel und die „Disput“-Auszüge wurden am Vorabend des PDS-Parteitages, der am 26. und 27. Juni in Berlin stattfand, geschrieben. Wir publizieren beides zur Charakterisierung der Situation zusammen mit dem Bericht über den PDS-Parteitag auf Seite II dieser Ausgabe. — (d. Red.)

Die 2. Tagung des 3. Parteitages der PDS ist erneut durch eine Tagesordnung gekennzeichnet, die der inhaltlichen Diskussion und einem tieferen Eindringen der Delegierten in eine so wichtige Frage wie die der Wahlstrategie von vornherein Grenzen setzt.

In Referaten zu „Drei Jahre Wirtschafts- und Währungsunion — verpasste Chancen und Möglichkeiten — Alternativen der PDS“ von Lothar Byski und „Bonn '93: Sozial- und Demokratieabbau; PDS und Wahlen“ von Gregor Gysi sowie einer Generaldebatte hierzu will die PDS-Führung zu Beginn der Tagung inhaltliche Schwerpunkte setzen. Bereits an dieser Stelle wird der auf dieser Tagung bevorstehende Streit über die Zielstellung sowie die Art und Weise der Kandidaturen beim bevorstehenden Wahlmarathon ausbrechen.

Während die PDS die Talsohle der WählerInnenakzeptanz von 1991 offensichtlich überschritten hat und mit Umfrageergebnissen von 15 Prozent im Osten und guten Ausgangspositionen für drei Direktmandate in Ostberlin zu den Wahlen antreten kann, scheiden sich über die Art und Weise eines Wahlbündnisses und die Verfahrensweisen, wie frau/mann auf diese Listen kommen, die Geister.

Während es bei den bevorstehenden Kommunalwahlen offensichtlich recht unkompliziert von den Kreisvorständen der PDS gehandhabt wird, könnte es auf Landes-, Bundes- und Europaebene Schwierigkeiten geben. Die PDS will sich entsprechend ihrer beschlossenen Programmatik auch im Wahlkampf als linke sozialistische Oppositionspartei in ganz Deutschland mit besonderem Blick auf ostdeutsche Probleme profilieren. In den Aussagen des vorliegenden Beschlusstextes des Parteivorstandes und des Parteirates will sich die PDS konsequent dem sozialen Alltag von Millionen Menschen, insbesondere der sozial schwächeren, ihren konkreten realen Erfahrungen zuwenden und zugleich internationalistische, antimilitaristische sowie ökologische Zielstellungen aufgreifen. Dies ist angesichts der konservativen Entwicklungen in der Bundesrepublik offensichtlich wichtig,

reich aber für ein Wahlprofil noch nicht aus. Ein Wahlprogramm wird wohl auch deshalb erst vor einer weiteren Tagung des Parteitages beschlossen werden.

Dabei wird die Frage, wie sich die PDS nicht nur als Ostpartei, sondern auch als Alternative zur SPD und zu den Grünen profilieren und warum und wie sie zur Ablösung des konserватiven Blocks von CSU, CDU und FDP beitragen kann, schon auf der 2. Tagung des Parteitages Gewicht erhalten. Solche Fragen, wie Blauhelme, Ausländerfeindlichkeit, Asyldebatte und Sozial- und Demokratieabbau müssen hier besonders thematisiert werden.

Während der Generaldebatte wird der Gegensatz zwischen den Kräften der Kommunistischen Plattform und ihnen nahestehenden Delegierten, die ein Wahlbündnis favorisieren und im Vorfeld auf einer Berliner Basiskonferenz sich klar für ein solches Bündnis von PDS, MLPD, DKP und BWK aussprechen, und denjenigen, die eine offene Liste ohne Ausgrenzung von KommunistInnen, linken SozialdemokratInnen und anderen antifaschistischen DemokratInnen favorisieren, ausbrechen.

Unter Berücksichtigung der Konditionen, wie der Bildung von Wahlparteien, werden dabei auch in Diskussionen im „Neuen Deutschland“ oder im „Disput“ (Mitgliederzeitschrift der PDS), der offenen Liste die stärkeren Chancen eingeräumt.

Die im Antrag von der 2. Tagung der 4. Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform der PDS formulierte Ablehnung der vom Parteivorstand veröffentlichten Wahlstrategie, „die als Absage an ein mögliches Bündnis zur Ausgrenzung kommunistischer Parteien, Gruppierungen und Persönlichkeiten führen wird“, bleibt im Vorfeld der Tagung unverständlich. Wenn die PDS-Führung auch mit der Entscheidung, die Ex-DKP-ler Wolfgang Gehrke und Claudia Gohde mit der Gesprächsführung mit der DKP zu beauftragen, instinktlos gehandelt hatte, so schließt die vom Vorstand vorgeschlagene Wahlstrategie eine Ausgrenzung von KommunistInnen ausdrücklich aus. Zumal sowohl die DKP als auch die MLPD in ihren Angeboten klar auf einen eigenständigen Wahlkampf reflektieren und die Bündelung aller linken Kräfte nicht als vordergründig ansehen. Während die DKP ein bis zwei sichere Listenplätze anstrebt, will die MLPD eigene DirektkandidatInnen aufstellen. Wer unbedingt Parteienbündnisse will, wird, wie André Brie im PDS-Presse-

chen Auseinandersetzungen sind also vorprogrammiert.“

Wolfgang Gehrke: „Wahlen 94: Die PDS und ihre Konkurrenten“

„Die Regierung Kohl ist politisch gescheitert . . . Sie hat die Mehrheit in der Bevölkerung verloren und sie vermag immer weniger zu überzeugen . . . Seine Stärke ist die Schwäche der Opposition . . . Wer PDS wählt kann sicher sein, seine/ihre Stimme zählt gegen Kohl und neokonservative Politik . . . Ein möglichst gutes Ergebnis für die PDS könnte insgesamt eine Dynamik für politische Reformen auslösen und vielleicht auch den Teufelskreis der Mutlosigkeit und eines damit begründeten Rückzuges außerparlamentarischer Bewegungen durchbrechen . . . Ausschlaggebend wird sein, ob die PDS über ihre bisherige Wählerbasis hinaus WählerInnen und Wähler gewinnen kann und ihr WählerInnenpotential im Osten voll mobilisiert . . . Die PDS ist in doppelter Weise von Besonderheiten ihres Wählerspektrums berührt: Zum einen hat sie bekanntlich ihr hauptsächlichstes Wählerspektrum im Osten, sie braucht aber auch Stimmen aus dem Westen . . . In den neuen Bundesländern geht es darum, alle anzusprechen, die gegen die „Einheit“ benachteiligt . . . wurden . . . In den westlichen Bundesländern steht der Gesichtspunkt des Protestes offensichtlich mehr im Vordergrund . . .“

K. Dörre/H. Wolf: „Helmut Kohl, die SPD und was die PDS damit zu tun hat“

„Die Diskussion um die Wahlstrategie der PDS kann und darf sich nicht allein darum drehen, in welcher Form und in welchen Bündnisstellungen die PDS antritt und welche dieser Konstellationen einen Wiedereinzug in den Bun-

dienst schreibt, . . . das hat das Hamburger Gerichtsurteil gegen die Wahlteilnahme gezeigt . . . zu diesem Zweck eine Wahlpartei gründen“ müssen.

Wenn die PDS mit der Linken Liste antritt, so werden die Entscheidungen über die Listenplätze folglich auch in den PDS-Gremien getroffen werden müssen. Dies wirkt offensichtlich für die Bündnisfrage erschwerend. Es sieht sich hier allerdings die im Antrag des Landesvorstandes und Parteirates der PDS Mecklenburg/Vorpommern formulierten Verfahrensweise durchzusetzen: „Die PDS ist offen für die Kandidatur interessierter Nichtmitglieder; diese können Mitglied in anderen Parteien oder Bewegungen sein. Im Falle ihrer Anmeldung sind diese KandidatInnen in den Entscheidungen gleichberechtigt einzubeziehen.“ Inwieweit solche Fragen, wie das Oppositionsverständnis der PDS, das Verhältnis von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit und der weiteren Aufarbeitung der Geschichte oder die Anträge zum Komplex Rechtsextremismus/Antirassismus/Militarismus die Tagung prägen, bleibt abzuwarten.

Da die Tagung zugleich zwei StellvertreterInnen des Parteivorsitzenden, eines/r SchatzmeisterIn, der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes, der Bundesschiedskommission und der Schiedskommission wählen wird, sind in den Personenfragen weitere inhaltliche Diskussionen vorprogrammiert. Dabei werden solche KandidatInnen wie Dr. Joachim Bischoff, Karin Dörre, Claudia Gohde, Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer, Dr. Uwe-Jens Rössel, Prof. Dr. Michael Schuhmann, Prof. Dr. Klaus Steinitz und Sarah Wagenknecht für genügend inhaltlichen Zündstoff sorgen.

Bereits am Vorabend des Parteitages findet im Nachtrag zur 1. Tagung eine Podiumsdiskussion zum Stalinismus statt. Es bleibt für die Linke in der BRD zu hoffen, wie Gregor Gysi im „Disput“ beschreibt, „daß es der PDS gelingt, möglichst viele Menschen weit über das Spektrum der PDS hinaus zu überzeugen, daß gegen Rechtsentwicklung, die Gefahren des Neofaschismus, den Rassismus, den Demokratieabbau, den massiven Sozialabbau, die Angriffe auf die Tarifautonomie, die neue deutsche Großmachtpolitik einschließlich militärischer Interventionen, die politische, kulturelle und psychologische Benachteiligung der Ostdeutschen eine starke Opposition auf der Straße und in den Parlamenten notwendig ist“. — (KJD)

destag am besten befördert. Sie muß sich vor allem politisch-inhaltlich definieren — dazu gehört nicht nur die Bestimmung des programmativen Profils einer linken und oppositionellen Kandidatur, sondern auch deren Haltung zu den anderen konkurrierenden . . . Parteien.

Von besonderer Bedeutung für die PDS ist insbesondere die Bestimmung ihres Verhältnisses zu den anderen Oppositionsparteien links von CDU und FDP — der SPD und Bündnis 90/Gruen . . . Allein an der Geschichte der Grünen, in der fast 10 Jahre lang die Auseinandersetzung über das Verhältnis zur SPD und zur Koalitionspolitik die innerparteiliche Debatte bestimmt hatte, wird deutlich, wie zentral die Lösung dieser Frage für die Entwicklung einer linken Oppositionspartei ist . . . Die SPD steht vor dem wahlstrategischen Problem, daß die PDS zwischen 10 und 15 % des WählerInnenpotentials blockiert und damit ein zentrales Hindernis für die Mehrheitsfähigkeit der SPD auf gesamtdeutscher Ebene darstellt . . . Es kann davon ausgegangen werden, daß die SPD damit Wahlkampf machen wird, daß sie die Stimmen für die PDS zu verlorenen Stimmen gegen Kohl erklärt . . . Deshalb: Das sozialdemokratische Argument muß umgedreht werden — wer die PDS aus dem Bundestag herausbringen will, der nutzt der CDU. Folglich müssen alle, die eine Ablösung der Kohl-Regierung wollen, ein Interesse haben, daß die PDS im neuen Bundestag vertreten ist . . . Zugleich muß die PDS deutlich machen, daß . . . ihre Abgeordneten eine „sichere“ Bank für die Ablösung der Kohl-Regierung sind . . . daß diese bereit sind, bei entsprechenden Mehrheitsverhältnissen für einen sozialdemokratischen Kanzler zu stimmen . . . Diese Tolerierung bedeutet nicht die Kritik und Distanz zur SPD aufzugehen — im Gegenteil.“

Geht Ministerpräsident Seite?

In Nr. 5/93 der Politischen Berichte hieß es: Mecklenburg-Vorpommern ist das Versuchsfeld für Bonn, es wird immer unregierbarer, das Kaderkarussell dreht sich immer schneller. Die Regierenden werden mit ihrer Konzeptlosigkeit in ihren Entscheidungen immer kurzichtiger. Die drei Monate danach bestätigen voll diese Thesen.

Unter den Regierenden ist ein erbarmungsloser Kampf um die Macht entbrannt. Die Wahlen 94 werfen ihre Schatten voraus. „Säuberung“ der eigenen Reihen von Leuten, die nicht gehörig erscheinen, ist angesagt. Dafür ist jedes Argument recht, selbst das der „Stasi-Belastung“.

Der Kampf um die Gestaltung der neuen Kreise im Zuge der Gebietsreform und damit der Wahlkreise ist ein Beispiel. Rehberg, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag, will einen Großkreis Ribnitz-Damgarten, der ihm auch seine Wiederwahl sichern soll. Für den Landrat vom Kreis Grimmen, der darin integriert werden soll, Mollestin (CDU), gleichzeitig Mitglied des CDU-Landesvorstandes, dominieren das Machtstreben von Partefunktionären und nicht die legitimen Interessen der Bürger.

Dieser Streit um die Gebietsreform offenbart auch folgenden Aspekt: Nach dem Prinzip „Teile und herrsche“ ist es den Westkolonatoren gelungen, die Bürger von Mecklenburg-Vorpommern in einen endlosen Streit um Kreisstädte zu verwickeln, der zeitweise groteske Formen annimmt, der aber grundlegende Lebensinteressen zum Hintergrund hat. Die Reduzierung der Zahl der Kreisstädte ist mit einem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen verbunden.

Der Prozeß der „Säuberung“ der eigenen Parteireihen ist aber offenbar noch nicht beendet. Nun geht es auch an Ministerpräsident Berndt Seite. In der Rückschau scheint es, daß er ins Ränkespiel der Geheimdienste der BRD und der DDR geriet und beide Seiten von ihm profitierten. Nun gibt es Leute, die ihm *daraus einen Strick drehen wollen*. Die Kontakte seiner Frau zu einer früheren IM (Inoffizielle Mitarbeiterin, d.

Red.), die sie in ihrem Wahlbüro beschäftigte, nach Bekanntwerden entließ, aber den Kontakt zu ihr nicht abbrach („Sie ist für mich keine Aussätzige“), lassen menschliches Verständnis erkennen. Gerade das kann nicht geduldet werden. Die Auseinandersetzungen um Berndt Seite zeigen verschiedene Gruppierungen. Ex-Innenminister Georg Diederich ist offensichtlich ein Einzelkämpfer („Ich bin politisch zwar verrückt, das gebe ich zu. Insofern kann mir keiner nachsagen, daß ich machtgeil bin“). Seine Aufforderung an Seite, sich zum Verdacht des Verfassungsschutzes vom Jahre 1992 zu äußern, für die Stasi gearbeitet zu haben, dürfte den nächsten Sprengstoff enthalten. Seite hat das mit Beweisen aus seiner Akte widerlegt. Die CDU-Landesvorsitzende Angela Merkel forderte von Diederich — wohl leichtsinnigerweise — Angaben, welche Personen damals konkrete Aussagen gemacht haben. Diederich dazu: „Ich nenne alle Beamten, die beteiligt waren, und dann wollen wir mal eidesstattliche Erklärungen austauschen.“ Diederich fordert die Freigabe dieser Akten vom jetzigen Innenminister Geil, der seinerseits erklärt, es habe zu keiner Zeit ein amtliches Schreiben des Verfassungsschutzes gegeben.

Auffällig überhaupt die Zurückhaltung von Geil in diesem Gerangel. Importiert aus Rheinland-Pfalz, Kohls Heimat, gibt er sich moderat und bescheiden, ist vorsichtig in seinen Äußerungen und Analysen.

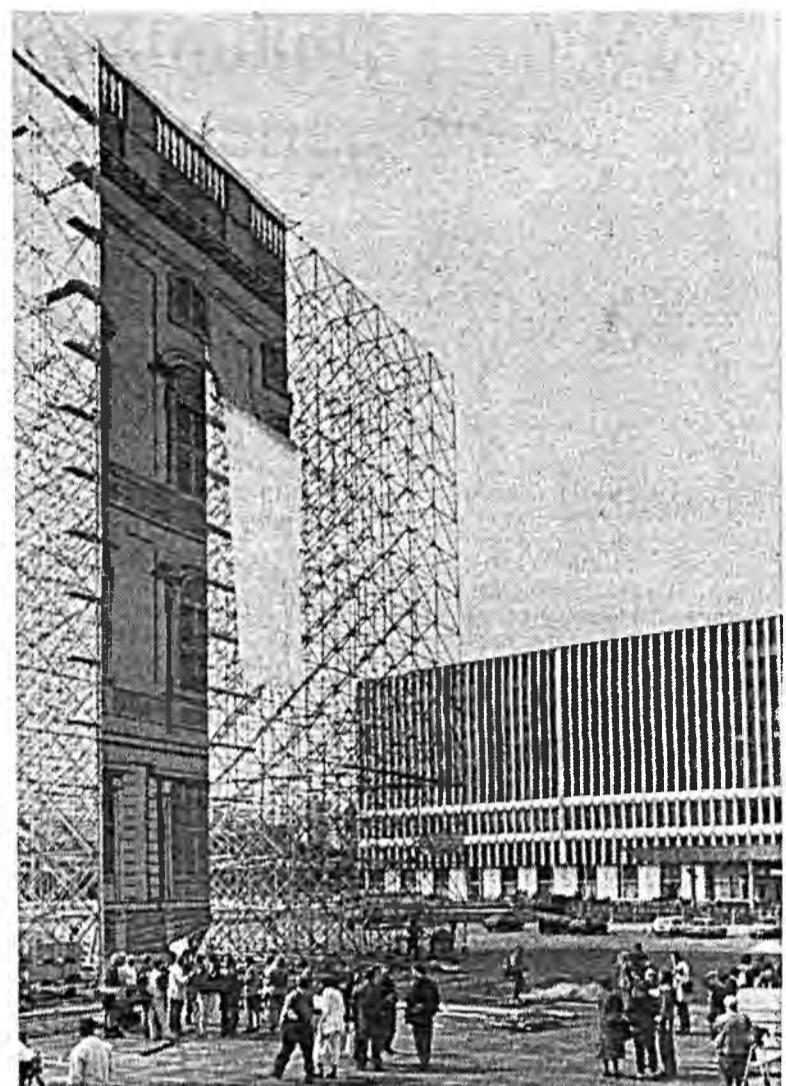
Dann das Trio Ulrich Born, Ex-Justizminister, Volker Pollehn, Ex-Staatssekretär im Innenministerium und Ex-Bundesverkehrsminister Günther Krause. Seite hatte im Frühjahr 1992 Born und Pollehn als Drahtzieher zum Sturz von Premier Gomolla angesehen und beide nach seiner Amtsübernahme aus seinem Kabinett gefeuert. Seite bezeichnete Krause nach dessen zahlreichen Skandalen als nicht mehr tragbar für den Posten des CDU-Landesvorsitzenden. Krause hat nach seinem Rausschmiss Born und Pollehn als Rechtsanwälte zu seiner moralischen Verteidigung rekrutiert.

Vierte im Bunde dürfte Marion Eich-Born sein, Sprecherin der CDU-Fraktion und Ehefrau von Ulrich Born. Inzwischen wurde auch sie entlassen, hat in ihrem Ehemann einen Rechtsanwalt, der die Landeskasse — und damit den Steuerzahler — um etliches erleichtern wird. In Wismar, wo Born jetzt CDU-Kreisvorsitzender ist, will Günter Krause am Wochenende 19./20.6. während des Kreisparteitages eine Rede halten. Wird da der Aufstand geprobt und zur Neuverteilung der Kräfte geblasen?

Welche Position nimmt Fraktionsvorsitzender Rehberg ein? Er war einer der Drahtzieher gegen Gomolla, erklärt heute seine Loyalität gegenüber Seite, der als Spatenkandidat nicht zu umgehen sei. Die Regierungskoalition hat nach dem Ausschluß von Diederich aus der Fraktion nur noch eine Stimme Mehrheit. Die FDP hat zwar erklärt, mit ihr gebe es in dieser Legislaturperiode keinen dritten Premier, doch das pure Interesse an der Machterhaltung läßt so etwas schnell vergessen. Neuwahlen wurden von der SPD mehrfach gefordert, doch immer wieder abgeschmettert.

Die CDU hat immer größere Schwierigkeiten, Wahlfunktionen zu besetzen. Wenn es ihr schon nicht gelungen ist, trotz Anzeigen im gesamten Bundesgebiet einen CDU-Kandidaten für den Posten des Regierungssprechers zu gewinnen, auf dem schon zwei Wessis verbraucht wurden, was soll dann erst an der Basis werden? Deren Stimmung läßt sich u.a. an den Leserbriefrubriken der Regionalpresse ablesen, in denen nach der Euphorie von 1991 kaum noch Briefe zur Unterstützung der Regierung erscheinen. Massiv nachzulesen sind dagegen der Frust über diese Politik und die Angst um die Zukunft.

Was kann der Landesparteitag am 26./27.6. bringen? Ein Generalangriff des Wismarer Trios ist nicht auszuschließen. Diederich wird mitmischen, Leute um Geil werden ihre Fäden für Geil ziehen, Bonn wird im Hintergrund fernlenken ... Wird Berndt Seite allein im Regen stehen? Geht er oder wird er gegangen? — (Klaus Krauss)



Im Streit um den Abriß des Palastes der Republik wähnen sich die Befürworter eines Wiederaufbaus des im Krieg zerstörten und unter Ulbricht abgerissenen Stadtschlosses im Aufwind. Mit einem enormen Aufwand werden die gigantischen Ausmaße des Stadtschlosses nachgebildet. Riesige Gerüste, die das Gelände zwischen dem Palast der Republik und dem ehemaligen DDR-Außenministerium (Marx-Engels-Platz) umfassen, werden mit 6000 Quadratmetern bemalter Plastikleinwand bedeckt, die die Außenfassaden des Schlosses darstellen (siehe Bild). Organisiert wird das Spektakel vom „Förderverein Berliner Stadtschloß“; Unterstützung und Befürworter findet die Aktion u.a. im Altadel und rechtskonservativen Kreisen wie der Gräfin Dönhoff, W.J. Siedler; unter den Sponsoren finden sich Firmen wie Thyssen, BMW, Bayerische Vereinsbank, Schering und Herlitz. Aus dem Rennen scheinen Pläne von Kinkel, anstelle des Palastes der Republik ein Außenministerium zu errichten. — (har)

Beschäftigte und Studierende gegen Berliner Hochschulstrukturplan

Mitte April legte Wissenschaftssenator Erhardt (CDU) den Entwurf eines Berliner Hochschulstrukturplans vor. In diesem Plan werden Eckdaten für die Entwicklung der Berliner Hochschulen bis zum Jahr 2005 vorgegeben. Danach sollen 15000 Studienplätze abgebaut werden und 1207 Personalstellen gleich dazu. Inhaltlich entwickelt der Plan Vorstellungen für eine neue Studienorganisation, deren Ziele sich weitgehend mit denen der Bundesregierung decken: Teilung des Studiums in ein (Massen-)Grundstudium und ein (Elite)Aufbaustudium, kürzere Studienzeiten durch Strafgelder und Zwangsexmatrikulation usw. Da nach dem Berliner Hochschulgesetz die Eingriffsmöglichkeiten des Senats begrenzt sind, schlägt Erhardt eine Novellierung des vom rot-grünen Senat reformierten Gesetzes vor.

Die zur Stellungnahme aufgeforderten Hochschulen haben bisher verhalten reagiert. Angesichts 100 %iger Überlastquoten in den meisten Fächern und schlecht beurteilter Lehrqualität sind insbesondere Hochschullehrer geneigt, Restriktionen zuzulassen. Jedoch gibt es bisher keine uningeschränkte Zustimmung für Erhardts Entwurf.

Als erste haben — unaufgefordert — die Personalräte der betroffenen Universitäten reagiert. Wir dokumentieren nachfolgend aus ihrer Stellungnahme.

Inzwischen haben sich auch die Studierenden insbesondere der Freien und Technischen Universität eine Position zu Erhardts Plänen erarbeitet. Über ihre Aktivitäten und Beschlüsse wird ebenfalls berichtet. — (ard/har)

Gemeinsame Stellungnahme des Gesamtpersonalrates der Freien Universität, des Personalrates des Hochschulbereichs der Humboldt-Universität und des Personalrates der Technischen Universität

... Wir erwarten von einem Hochschulstrukturplan eine Antwort auf die drängende bildungspolitische Frage: Wie

läßt sich die Qualität von Lehre, Studium und Forschung verbessern?

Lehre, Studium und Forschung sind ein Produkt kollektiver Arbeit, dessen Qualität nicht nur abhängt ist von den Fähigkeiten und Kompetenzen der Beteiligten, sondern in entscheidendem Maße von den Bedingungen unter denen gearbeitet und studiert wird. Mit dem vorliegenden Hochschulstrukturplan wird für die Berliner Universitäten eine bundesweite bildungspolitische Diskussion beendet, die eine deutliche Verbesserung der universitären Bildung und Ausbildung zum Ziel hat. Die Komplexität des Problems von Arbeit und Studium an der Universität wird einfach reduziert auf ein finanz- und ordnungspolitisches Problem ...

Die seit Jahren bestehende Überlastsituation für die Beschäftigten ist nicht einzig zurückzuführen auf die Öffnung der Universitäten, sie ist auch Resultat einer konservativen Hochschulpolitik der 90er Jahre mit drastischem Stellenabbau in Gesamt-Berlin. Tariflich ver-

einbarte Urlaubsverlängerung und Arbeitszeitverkürzung sind in der Vergangenheit ohnehin nicht ausgeglichen worden. Der aus der Reduktion von Studienplätzen rein rechnerisch abgeleitete Stellenabbau führt den Leitgedanken des Strukturplanes „Qualität und Leistungsfähigkeit“ ad absurdum, verschärft die Überlastsituation und führt zu einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ...

Auch die Service- und Dienstleistungsbereiche der Universitäten (Bibliotheken, Rechenzentren, technische Bereiche) bezieht der Senator in sein Kürzungsprogramm mit ein. Dabei dürfte es auf der Hand liegen, daß die personelle wie sachliche Ausstattung dieser Bereiche unabhängig von der Zahl der Studienplätze vorgehalten werden muß, will eine Universität auch nur ein durchschnittliches Niveau halten und der Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technik Rechnung tragen. Der beabsichtigte Abbau von Arbeitsplätzen und die Kürzung von Sachmit-

teln in Dienstleistungsbereichen der Universitäten hätte zur Konsequenz, daß Lehre, Studium und Forschung sich zwangsläufig verschlechtern.

Der von den Personalräten abgelehnte Stellenabbau muß insgesamt unter dem Aspekt gesehen werden, daß Berechnungen von Gewerkschaften und Hochschulrektorenkonferenz bereits jetzt ein Fehlen von 70000 bis 100000 Stellen im Hochschulbereich nachgewiesen haben.

Wir wenden uns nachdrücklich gegen die von der Senatsverwaltung beabsichtigten rechtlichen Mittel und Wege zur Durchsetzung künftiger Strukturänderungen. Bemängelt wird von ihr die im geltenden BerlHG fehlende Handhabung, die Hochschulen zur Umsetzung empfohlener Maßnahmen zu zwingen ... Die Wissenschaftsverwaltung verlangt völlig ungeniert ein „Ermächtigungsgesetz“, um künftig „Planungen als wichtigstes politisches Steuerungsinstrument“ auch gegen den Willen der Hochschulen durchsetzen zu können. Dementsprechend soll das BerlHG erweitert werden. Die drei dazu vorgeschlagenen Varianten stellen allesamt die bisher praktizierte Aufgabenverteilung zwischen Staat und Hochschule massiv in Frage. Die Kuratorialverfassung und die Rechte der Selbstverwaltungsgremien sollen praktisch ausgehebelt werden. Eine weitere Entdemokratisierung des BerlHG lehnen wir ab!

Mit dieser gemeinsamen Stellungnahme ... unterstreichen wir unmißverständlich, daß wir uns nicht auseinander dividieren lassen, sondern gemeinsam die Interessen der Beschäftigten — und das trifft nicht unwesentlich die Interessen der Studierenden — gegen die Angriffe der Kürzungspolitik des Berliner Senats verteidigen werden. (28.5.93)

Widerstand der Studierenden

Lange war es merkwürdig ruhig unter den Studenten. Erst im Mai machten die Studenten der FU deutlicher Front gegen den Landesstrukturplan. Im Akademischen Senat zeichnete sich ab, daß eine Professoren-Mehrheit der Tendenz des Strukturplans zustimmte. Es fanden große Vollversammlungen statt und Sitzungen des Akademischen Senats wurden gesprengt. Ein erster Aktionstag am 2. Juni, zu dem auch an der Humboldt-

und Technischen Universität aufgerufen wurde, blieb in bescheidenem Rahmen. Nur einige hundert Studenten beteiligten sich an der Protestaktion am Ernst-Reuter-Platz.

Gleichzeitig begannen an mehreren Instituten der FU, meist dort, wo die größten Änderungen, Verschlechterungen und Mittelkürzungen geplant sind, Diskussionen über Streikaktionen. Studenten des Psychologischen Instituts begannen mit der Besetzung (siehe Bild). Weitere Institute und Fachbereiche (u.a. Sonder- und Heilpädagogen, Soziologen, Ethnologen u.a.) schlossen sich an. Doch ein geschlossenes Vorgehen über die gesamte FU entwickelt sich nicht. Auch die Beteiligung an den bestreikten Instituten ist zum Teil schlecht.

Es fehlen grundsätzliche Forderungen zur Hochschulpolitik, auf die sich andere gesellschaftliche Kräfte beziehen. So wirkt der öffentliche Druck lähmend.

An der TU entwickelte sich wohl auch aus diesem Grund Widerstand thematisch breit unter dem Motto: „Es reicht“. Neben Studienbedingungen und Landesstrukturplan wandten sich Diskussionen und Beschlüßfassungen Anfang Juni gegen die Aushebung des Asylrechts, gegen rassistische Angriffe (Solingen), für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Eine TU-Vollversammlung am 9.6. forderte so u.a.: „Verbot und Zerschlagung aller faschistischen Organisationen und Parteien! Rücknahme der Erweiterung des Artikel 16! Doppelte Staatsbürgerschaft für alle AusländerInnen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben! Ersatzlose Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch! Soziale Mindestabsicherung für alle!“ Zur Hochschulpolitik: „Abschaffung des Numerus Clausus! Weg mit dem Hochschulstrukturplan, keine Zwangsexmatrikulationen, keine Studiengebühren, keine Streichung von Studienplätzen und Stellen, keine Eingriffe in die Hochschulautonomie!“

Auch ein Sternmarsch aller Hochschulen am 16.6. bezog sich auf dieses Themenpektrum. Über 6000 Studenten kündigten vor dem „Roten Rathaus“ an, daß sie die Aktion erst als Anfang verstünden. An der FU laufen die Streiks weiter, doch Mitte Juli sind schon Semesterferien.



Urteil
in dem Verfahren

über den Antrag, im Wege einer einstweiligen Anordnung

1. die Durchführung des Beschlusses der Bundesregierung vom 21. April 1993, mit dem den Vereinten Nationen für die Durchführung der Operation in Somalia (UNOSOM II) ein Kontingent der Bundeswehr zur Verfügung gestellt wurde, einstweilen bis zur Entscheidung über den alsbald anzustrebenden Organstreit auszusetzen und

2. die Antragsgegner anzuweisen, bis zur Entscheidung über den alsbald anzustrebenden Organstreit die bereits in Somalia befindlichen Soldaten der Bundeswehr zurückzuziehen und keine weiteren Soldaten nach Somalia zu entsenden,

Antragstellerin: Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag, vertreten durch den Vorsitzenden, Hans-Ulrich Klose, Bundeshaus, Bonn ...

Bis zu einer Entscheidung in der Hauptsache darf die Beteiligung der Bundeswehr an UNOSOM II gemäß Nr. 1 des Beschlusses der Bundesregierung vom 21. April 1993 (Bulletin vom 23. April 1993, S. 280) nur aufrecht erhalten und fortgeführt werden, wenn und soweit der Deutsche Bundestag dies beschließt; bis zu einem solchen Beschuß können die bisher verwirklichten Maßnahmen fortgeführt werden.

Gründe:

A.

I.

1. Wegen anhaltender politischer Unruhe und einer schweren Hungersnot in Somalia beschloß der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Resolution Nr. 751 vom 24. April 1992 die Operation UNOSOM. Sie sollte die Einstellung der Feindseligkeiten und die Einhaltung einer Waffenruhe im ganzen Land erleichtern und verfolgte das Ziel, den Prozeß der Versöhnung und einer politischen Konsolidierung in Somalia zu fördern und dringende humanitäre Hilfe zu leisten. Mit der Resolution Nr. 794 vom 3. Dezember 1992 ermächtigte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Gruppe von Mitgliedstaaten nach Kapitel VII der VN-Charta, Maßnahmen zu ergreifen, um so bald wie möglich ein sicheres Umfeld für die humanitären Hilfsmaßnahmen zu schaffen. Dies unternahm in der Folge der unterwesentlicher Beteiligung der Vereinigten Staaten von Amerika agierende Verbündete Eingreifverband UNITAF. Ihm folgte das mit der Resolution Nr. 814 vom 26. März 1993 beschlossene Unternehmen UNOSOM II.

2. Das Bundeskabinett beschloß am 17. Dezember 1992 (Bulletin vom 29. Dezember 1992, S. 1315), den Vereinten Nationen zur Unterstützung der Aktion UNOSOM das Angebot zu unterbreiten, innerhalb befriedeter Regionen Somalias ein verstärktes Nachschub-/Transportbataillon (bis zu 1500 Mann) für humanitäre Aufgaben einzusetzen. Der Verband sollte in Abstimmung mit den Vereinten Nationen anteilig auch aus Pionieren und Fernmeldern sowie einer Unterstützungs- und Selbstschutzkomponente bestehen. Mit Schreiben vom 12. April 1993 trat der Generalsekretär der Vereinten Nationen an die Bundesregierung mit der Bitte heran, Militärpersönal zum Dienst im Rahmen von UNOSOM II zur Verfügung zu stellen. Dieses Kontingent sollte, stationiert in einer sicheren Umgebung, insbesondere bei der Errichtung, der Aufrechterhaltung und dem Schutz eines Verteilungsnetzes für Hilfs- und Nachschubgüter helfen und werde unter dem Kommando und der Kontrolle des Oberbefehlshabers von UNOSOM II stehen. Am 21. April 1993 faßte das Bundeskabinett folgenden Beschuß:

„1. Die Bundesregierung beschließt, entsprechend der mit Note der Vereinten Nationen vom 12. April 1993 unterbreiteten Bitte die Operationen der Vereinten Nationen in Somalia (UNOSOM II) durch Entsendung eines verstärkten Nachschub- und Transportbataillons der Bundeswehr zu

Dokumentiert: Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Somalia-Einsatz der Bundeswehr

unterstützen. Das Bataillon wird im Rahmen der humanitären Bemühungen der Vereinten Nationen in einer nach Feststellung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen befriedeten Region in Somalia bei Aufbau, Unterstützung und Sicherstellung der Verteilerorganisation für Hilfs- und Logistikgüter mitwirken. Der deutsche Verband wird nicht die Aufgabe haben, militärischen Zwang anzuwenden oder bei der Ausübung solchen Zwangs durch andere mitzuwirken. Davon unbefürt bleibt sein Recht zur Selbstverteidigung. Der Kommandeur von UNOSOM II erhält wie üblich „operational control“, die Befehls- und Kommandogewalt bleibt bei dem Bundesminister der Verteidigung.“ (...)

Der Deutsche Bundestag nahm am selben Tag einen Entschließungsantrag der Fraktionen CDU/CSU und der F.D.P. (BT-Drucks. 12/4759) an, wonach er der Entscheidung der Bundesregierung zustimmte, die Vereinten Nationen in befriedeten Regionen Somalias durch Soldaten der Bundeswehr bei humanitären Einsätzen zu unterstützen.

Am 11. Mai 1993 baten die Vereinten Nationen, den zugesagten Unterstützungsverband nicht, wie ursprünglich vorgesehen, nach Bosasso und in den Nordosten Somalias, sondern in den Raum Belet Huen zu entsenden; diese Region sei sicher und ruhig. Am 12. Mai 1993 entsandte der Antragsgegner zu 2) ein Vorauskommando nach Belet Huen. Er erklärte dazu (Bulletin vom 17. Mai 1993, S. 347), die Vereinten Nationen hätten zum Ausdruck gebracht, daß sie gerade im Bereich der Logistik dringenden Unterstützungsbedarf hätten. Im Rahmen der schrittweisen Erweiterung des Operationsgebietes von UNOSOM II in den Norden Somalias werde der deutsche Unterstützungsverband anderen Verbänden in die von diesen befriedeten Regionen folgen und die Logistik sicherstellen. Dieser humanitäre Einsatz unter militärischer Absicherung entspreche den neuen Aufgaben, die durch die Bundeswehr heute und zukünftig im Rahmen ihres Auftrages zu erfüllen seien.

Gegenwärtig sind 240 Soldaten als Vorkommando in Somalia stationiert; es soll im Juli verlegt werden. Der Verband soll Anfang August einsatzbereit sein.

3. Die logistische Unterstützung bezieht sich nach einem am 3. Juni 1993 von der Bundesregierung gebilligten, den Beschuß vom 21. April 1993 konkretisierenden Bericht des Antragsgegners zu 2) auf eine etwa 4000 Mann starke indische Brigade. Dieser Bericht ist dem Auswärtigen und dem Verteidigungsausschuß mitgeteilt worden. Die logistische Unterstützung erstreckt sich auf Umschlag, Bevorratung und Verteilung von Wasser, Verpflegung, Betriebsstoff und allgemeinen Versorgungsgütern. Der deutsche Verband muß sich selbst sichern, schützen und versorgen. Seine Selbstverteidigung hat sich nach speziellen, auf ihn zugeschnittenen Einsatzrichtlinien (rules of engagement) zu richten; nicht zulässig ist die Durchsetzung des Auftrages des deutschen Unterstützungsverbandes mit Waffengewalt.

Am 17. Juni 1993 fand ein Antrag der Antragstellerin, der Bundestag solle die Bundesregierung auffordern, den Einsatz der Bundeswehr in Somalia zu beenden und die bereits entsandten Soldaten in die Bundesrepublik zurückholen (BT-Drucks. 12/5140), keine Mehrheit im Bundestag.

II.

Die Antragstellerin rügt, daß der Einsatz der Bundeswehr in Somalia Rechte des Bundesstages aus Art. 24 Abs. 1, Art. 59 Abs. 2 und Art. 20 i. V. m. Art. 87a Abs. 2 und Art. 79 Abs. 1 und 2 GG verletzt. Als Fraktion des Deutschen Bundestages sei sie befugt, dies geltend zu machen. Zur Notwendigkeit des Erlasses einer einstweiligen Anordnung trägt sie vor, die Entwicklung der politischen und militärischen Lage in Somalia lasse eine Unterscheidung zwischen sicheren

und unsicheren Gebieten nicht zu. Leib und Leben der deutschen Soldaten seien hoch gefährdet. Sie müßten sich überwiegend auf den Nachschub für kämpfende Truppen von UNOSOM II konzentrieren, so daß rein humanitäre Aufgaben zu einer Restgröße werden würden.

III.

Die Antragsgegner halten den Antrag für unzulässig, jedenfalls aber für unbegründet.

Eine Verletzung der Rechte des Parlaments aus Art. 24 Abs. 1 GG scheide aus, weil die deutschen Soldaten allein der Befehls- und Kommandogewalt des Antragsgegners zu 2) unterstünden. Die Bereitstellung des deutschen Verbandes sei kein zustimmungsbedürftiger Vertrag nach Art. 59 Abs. 2 GG. Die Antragstellerin könne eine – unterstelle – Verletzung von Art. 87a Abs. 2 GG nicht rügen, weil diese Norm nicht Rechte des Bundesstages schütze.

Die Lage in Belet Huen sei nach Einschätzung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und nach den Erkenntnissen des Vorauskommandos des deutschen Verbandes (Erkundungsbericht GE COMPFOR SOM) sicher und ruhig. Die erwartete und zugesagte logistische Unterstützung von UNOSOM II sei für die Operation der Vereinten Nationen unentbehrlich und könne nicht kurzfristig von anderen Verbänden geleistet werden, so daß bei einem Rückzug jedenfalls eine Verzögerung von mehreren Monaten und damit schwerster Schaden für die gesamte Operation sowie für die politische und humanitäre Lage in Somalia drohe. Auch der außenpolitische Schaden für die Bundesrepublik Deutschland wäre schwerwiegend.

IV.

In der mündlichen Verhandlung hat sich neben den Streitparteien die CDU/CSU-Bundestagsfraktion geäußert. Die Generäle Naumann und Bernhardt sind gehört worden. Der Untersekretär Petrovsky hat zu der Bedeutung des Einsatzes des deutschen Kontingents aus der Sicht der Vereinten Nationen Ausführungen gemacht.

B.

Der Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung ist zulässig und in dem aus dem Tenor ersichtlichen Umfang begründet.

I.

1. Nach § 32 Abs. 1 BVerfGG kann das Bundesverfassungsgericht im Streitfall einen Zustand durch einstweilige Anordnung vorläufig regeln, wenn dies zur Abwehr schwerer Nachteile, zur Verhinderung drohender Gewalt oder aus einem anderen wichtigen Grund zum gemeinsamen Wohl dringend geboten ist. Bei der Prüfung dieser Voraussetzungen ist ein besonders strenger Maßstab anzuwenden, wenn eine Maßnahme mit völkerrechtlichen oder außenpolitischen Auswirkungen betroffen ist (vgl. Urteil vom 8. April 1993 – 2 BvE 5/93, 2 BvQ 11/93, Umdruck S. 10; vgl. auch BVerfGE 83, 162 (171 f.)).

Dabei müssen die Gründe, welche für die Verfassungswidrigkeit der angegriffenen Maßnahme sprechen, außer Beracht bleiben, es sei denn, das für die Hauptsache angekündigte Feststellungsbegehren erwiese sich als von vornherein unzulässig oder offensichtlich unbegründet. Das Bundesverfassungsgericht wägt die Nachteile, die einträten, wenn die einstweilige Anordnung nicht erginge, die Maßnahme aber später für verfassungswidrig erklärt würden, gegen diejenigen ab, die entstünden, wenn die Maßnahme nicht in Kraft trate, sie sich aber im Hauptsacheverfahren als verfassungsgemäß erwiese (vgl. BVerfGE 86, 390 (395); st. Rspr.).

2. Der angekündigte Hauptsacheantrag ist weder von vornherein unzulässig noch offensichtlich unbegründet. Er wirft die gewichtige und schwierige Fra-

ge auf, ob und unter welchen Voraussetzungen die Bundesregierung Rechte des Bundesstages verletzt, wenn sie entscheidet, sich mit deutschen Soldaten an einer vom Sicherheitsrat beschlossenen Aktion der Vereinten Nationen zu beteiligen.

3. In dem Organstreitverfahren wird es um die von der Antragstellerin für den Bundestag geltend gemachten Entscheidungskompetenzen bei der Beteiligung der Bundeswehr an Aktionen aufgrund der Charta der Vereinten Nationen gehen. Eine einstweilige Anordnung im Rahmen eines solchen Streits kann allein der vorläufigen Sicherung des strittigen organstaatlichen Rechts des Bundesstages dienen, damit es nicht im Zeitraum bis zur Entscheidung in der Hauptsache durch Schaffung vollendet Tatsachen überspielt wird. Diese Sicherung hat hier davon auszugehen, daß ungeklärt ist, ob die Verwendung deutscher Soldaten im Rahmen der UNO-Maßnahme aufgrund eines Gesetzes, gegebenenfalls eines verfassungsändernden Gesetzes zulässig ist oder ob der Bundesregierung insoweit – nach dem geltenden Verfassungsrecht – die beanspruchte ausschließliche Entscheidungskompetenz in außen- und verteidigungspolitischen Angelegenheiten zusteht. Um in diesem Kompetenzkonflikt zwischen Parlament und Regierung mögliche Ansprüche des Bundesstages zu sichern, ohne die Rechtsposition der Bundesregierung preiszugeben, kann das Bundesverfassungsgericht eine vorläufige Regelung lediglich darüber treffen, welches Organ bis zur Entscheidung über die Hauptsache befugt sein soll, über die Verwendung der Bundeswehr zu bestimmen; diese Regelung hat – soweit dies die einstweilige Sicherung des geltend gemachten Rechts nicht hindert – im Zwischenbereich der einander widerstrebenden Kompetenzansprüche zu verbleiben. Im Vorfeld eines solchen Organstreits zwischen Parlament und Regierung über bestehende Entscheidungskompetenzen ist es grundsätzlich nicht Aufgabe des zu aktivem politisch gestaltendem Handeln nicht berufenen Gerichts, anstelle dieser Organe eine einstweilige Sachentscheidung aufgrund einer Folgenabwägung zu treffen, für die es hinreichender rechtlicher Anhaltpunkte erlangt.

4. Die einstweilige Anordnung mußte in dem aus dem Tenor ersichtlichen Umfang ergehen, weil die Antragstellerin anderenfalls bei einem Obsiegen im Hauptsacheverfahren schwerwiegende Nachteile hinzunehmen hätte, die größer wären, als diejenigen Nachteile, die die Antragsgegner trafen, wenn die einstweilige Anordnung erlassen wird und sie im Hauptverfahren obsiegen.

a) Erginge eine einstweilige Anordnung nicht, erwiese sich später aber die Mitwirkung deutscher Soldaten am UNO-Einsatz in Somalia ohne die beanspruchte Beteiligung des Bundesstages als verfassungswidrig, so hätte der Bundestag sein Recht auf Mitwirkung bei der Entscheidung über die Entsendung deutscher Soldaten nach Somalia größtmöglich oder – je nach Dauer des Somalia-Auftrags – schlechthin nicht wahrnehmen können. Eine solche Kompetenzverletzung wäre besonders schwer, weil die beanspruchte Entscheidung die Stellung Deutschlands in der UNO und in der Völkerrechtsgemeinschaft bestimmt und sich der Bundeswehr nach der Erklärung des Bundesverteidigungsministers vom 12. Mai 1993 (Bulletin S. 347) im Rahmen ihres Auftrages neuartige Aufgaben stellen. Hinzu kommt, daß hier – insoweit abweichend von dem der Entscheidung des Senats vom 8. April 1993 (AWACS) zugrunde liegenden Sachverhalt – nicht unerhebliche Gefahren einzuschätzen und zu bewerten sind, die den Soldaten bei der Erfüllung des UNO-Mandats in Somalia an Leib und Leben drohen. Auch stünde eine später sich als notwendig erweisende parlamentarische Beschlusffassung unvermeidlich unter dem Druck inzwischen geschaffener tatsächlicher Verhältnisse und etwa eingetretener Entwicklungen.

b) Demgegenüber wogen die Nachteile der hier getroffenen einstweiligen An-

ordnung weniger schwer, wenn es sich später im Hauptsacheverfahren erwiese, daß die Mitwirkung deutscher Soldaten bei der Erfüllung des UNO-Mandats in Somalia von der Bundesregierung beschlossen wurde, ohne Rechte des Bundesstages zu verletzen. Dann hätte zwar der Bundestag an einer Entscheidung mitgewirkt, die in die Kompetenz der Bundesregierung fällt – dies allerdings in der Eigenschaft eines Verfassungsorgans, dem die Bundesregierung für ihre Entscheidungen auch im außen- und sicherheitspolitischen Bereich parlamentarisch verantwortlich ist. Verweigert der Bundestag die Zustimmung, so wird deutlich, daß der Bundesregierung für ein Engagement in Somalia die Unterstützung des Parlaments fehlt. Stimmt der Bundestag dem Kabinettsbeschuß vom 21. April 1993 zu, wird dem gemeinsamen Interesse sowohl der Bundesregierung als auch des Parlaments Rechnung getragen, der Entscheidung für die Dauer der verbleibenden Unsicherheit der verfassungsrechtlichen Lage eine den Kompetenzstreit überbrückende Grundlage zu geben.

5. Das Zusammenwirken von Bundesregierung und Bundestag ist mithin bis zur Entscheidung in der Hauptsache darin zu bestimmen, daß die Initiative der Bundesregierung und die Zustimmung des Bundestages als konstitutiver Akt die UNO-Mission des deutschen Kontingents nur gemeinsam tragen. Die Überbrückung des Kompetenzstreits für die Zeit bis zur Entscheidung der Hauptsache hat zur Folge, daß eine Beschlusffassung des Bundestages über die Zustimmung zu der Entsendung deutscher Soldaten zu UNOSOM II nicht dem Einwand ausgesetzt ist, den die Antragstellerin aus Art. 87a GG herleitet; die umfassende Abwägung aller für und gegen die Entsendung sprechenden Gründe bleibt dabei gewährleistet. Die einstweilige Anordnung sichert somit nicht das von der Antragstellerin geltend gemachte Recht, vor der Entsendung deutscher Soldaten nach Somalia ein Verfassungsänderungsverfahren durchzuführen; sie sichert jedoch insoweit etwaige Mitwirkungsrechte des Parlaments, indem sie die Bundesregierung an die konstitutive Zustimmung des Bundestages bindet.

Der hierarchisch erforderliche Beschuß des Bundestages unterscheidet sich von den Entschließungen des Bundestages vom 21. April 1993 (BT-Drucks. 12/4759) und vom 17. Juni 1993 (BT-Drucks. 12/5140). Während der Bundestag in seinen früheren Entschließungen die Bundesregierung in ihrer bereits getroffenen Entscheidung bestärkte und diese politisch bekräftigte, ohne selbst eine Entscheidungskompetenz zu beanspruchen, ist dem Bundestag nunmehr aufgegeben, in eigener Verantwortlichkeit zu bestimmen, ob und in welchem Umfang der Beschuß der Bundesregierung vom 21. April 1993 unter Nr. 1 bis zur Entscheidung der Hauptsache verwirklicht werden darf. Auch weitere Beschlüsse der Bundesregierung, die von diesem Beschuß abweichen oder ihn erneuern, bedürfen vor ihrer Ausführung parlamentarischer Zustimmung.

Der Bedeutung der jetzt zu treffenden Entscheidung entspricht es, wenn der vom Bundestag zu fassende Beschuß in den zuständigen Ausschüssen vorbereitet und im Plenum des Bundestages erörtert würde.

Um dem Bundestag die Wahrnehmung der ihm in der Zeit bis zur Entscheidung in der Hauptsache zufallenden Befugnisse und die parlamentarische Kontrolle der von ihm mitzuverantwortenden Vorgänge zu ermöglichen, ist die Bundesregierung gehalten, das Parlament laufend über den Fortgang der Maßnahme der Vereinten Nationen in Somalia sowie über die Einsatzbedingungen des deutschen UNOSOM II-Kontingents und die Erfüllung seines Auftrages zu unterrichten.

C.

Die Entscheidung ist einstimmig ergangen.

Mahrenholz, Böckenförde, Klein, Großhof, Kruis, Kirchhof, Winter, Sommer

Verkündet am 23. Juni 1993

PDS-Parteitag beschließt: PDS tritt zu den Wahlen 1994 mit offener Liste an

Mit großer Mehrheit (mehr als 80 Prozent der Delegierten stimmten dem Schlußdokument zu, so daß eine genaue Auszählung nicht vorgenommen wurde) hat die 2. Tagung des 3. Parteitages der PDS am 26. Juni in Berlin beschlossen, daß die PDS bei den Wahlen 1994, insbesondere den Bundestags- und Europawahlen, als PDS mit offener Liste antrete.

Bei der Diskussion über diese Entschließung traten noch einmal die schon im Vorfeld des Parteitages sichtbar gewordenen verschiedenen Richtungen bzw. Standpunkte auf. So hatte die 4. Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform einen Antrag eingereicht, in dem u.a. festgehalten wurde: „Wir lehnen Auffassungen und Formulierungen in der vom Parteivorstand veröffentlichten Wahlstrategie und anderen Ortsaukündungen ab, die als Absage an ein mögliches Bündnis zur Ausgrenzung kommunistischer Parteien, Gruppierungen und Persönlichkeiten führen.“ Demgegenüber trat Gregor Gysi erneut mit dem schon vom letzten Bundestagswahlkampf bekannten Argument auf: „ein linkes Zusammensehen, das bedeuten würde, christliche oder liberale Antifaschistinnen und Antifaschisten sowie Linke aus der sozialdemokratischen, grünen oder feministischen Tradition auszuschließen bzw. ihre beständige Diffamierung hinzunehmen, ist nur eine andere Form von linker Ausgrenzung und von Sektentendenz.“ Daß genau auf diese Weise, d.h. mit dem Hinweis auf vermeintlich drohende Ausgrenzung linker Grüner, linker Sozialdemokraten usw. die PDS schon einmal

sektiererische Ausgrenzungen nach links vorgenommen hatte, hatte der Wahlkampfleiter Brie kurz vorher in einem Interview mit dieser Zeitung direkt eingeräumt.

Kurz vor dem Parteitag hatte es noch einen Appell von 50 Kommunalpolitikern der DKP an den PDS-Parteitag gegeben, der für „konkrete Vereinbarungen zwischen unseren Parteien über das gemeinsame Wirken bei der Bundestagswahl“ eintraf (warum eigentlich nur bei der Bundestagswahl, nicht aber bei der vorhergehenden Europawahl und bei den Landtagswahlen?). Leider trat auch dieser Appell nicht dem Verdacht entgegen, die DKP suchte womöglich eine (undemokratische) Vereinbarung zwischen den Parteivorständen über irgendwelche „sicheren“ Listenplätze. Eine solche zentrale Vereinbarung würde gegen die rechtlich vorgeschriebene und auch demokratisch gebotene Souveränität der Landesverbände der PDS bei der Entscheidung über die offene Liste verstossen. Ein Unterzeichner dieses Appells, der hessische Kommunalabgeordnete Arno Grieger, konnte diesen Appell auch noch einmal in einem Beitrag auf dem Parteitag näher begründen und dafür werben, klärte diesen Punkt aber nicht auf.

Zu der damit immer noch offenen Frage, wie denn nun konkret die Landeslisten der offenen Liste zustandekommen sollen, drang die Diskussion des Parteitags damit im Endeffekt nicht vor. Der Vorschlag des BWK, hierfür eine Art Urwahlverfahren einzuführen, war den Delegierten zwar durch einen Übersichtsartikel im Juni-Heft der PDS-Zeitung

schrift *Disput* bekanntgemacht worden, wurde aber in der Diskussion nicht weiter aufgegriffen.

Ein freundliches Wort des Parteitages an die DKP, man wünsche ihre Mitwirkung, wäre deshalb schon angebracht gewesen. Aber kein Vorstandsmitglied äußerte sich in diese Richtung.

In diesem Zusammenhang von Interesse: Ein Hamburger PDS-Sprecher berichtete, im Hinblick auf die Hamburger Wahlen am 19. September habe sich jetzt ein Personenbündnis gebildet, dem auch Vertreter der DKP angehören und das von der PDS/LL in Hamburg unterstützt werde. Auch bei der Vorbereitung der Bundestagswahl werde er sich dafür einsetzen, daß Mitglieder der DKP auf der offenen Liste der PDS kandidieren.

Erfreulich ist auch die eindeutige Betonung in der inhaltlichen Wahlkampfausrichtung auf eine Front gegen rechts. Das wird vielleicht die jetzt regional und in den Orten zu führenden Verhandlungen über den konkreten Aufbau der offenen Listen erleichtern.

Zu den Ergebnissen der im Anschluß an diese Entscheidung durchgeföhrten Neuwahlen zum Parteivorstand hier nur soviel: Die im Vorfeld auch aus Kreisen des Parteivorstandes scharf angegriffene Sprecherin der Kommunistischen Plattform, Sarah Wagenknecht, wurde erneut in den PV gewählt.

Im Anschluß daran verabschiedete der Parteitag noch mehrere Einzelentschließungen, insbesondere zu Aufgaben der PDS im antifaschistischen und antimilitaristischen Kampf.

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem Wahlbeschuß. — (rül)

Die Wahlen 1994 – Grundsätze und Ziele der PDS

Linke Opposition gegen rechte Experimente

... 2. Die politische Entwicklung der BRD ist in umfassender Weise und offensichtlich langfristig von einer Tendenz nach rechts gekennzeichnet ... Rechtsextremistische und rechtspopulistische Parteien können mit dem Einzug in das Europaparlament und den Bundestag rechnen. CSU und wesentliche Teile der CDU versuchen, das rechtspopulistische Wählerspektrum durch verstärkte eigene Rechtsorientierung aufzufangen. Mit der Bildung des „Deutschlandforums“ durch prominente Unionspolitiker ist ein deutsch-nationales Verbundsglied nach rechts außen geschaffen worden. Die SPD ist in wesentlichen Fragen, wie dem Asylrecht, den internationalen Einsätzen der Bundeswehr, internationaler Interventionspolitik, beim „großen Lauschangriff“ sowie in der Sozialpolitik vor dem Druck der CDU/CSU und rechter Wählerstimmen zurückgewichen ...

7. Die PDS will ohne Parteigoismus und ohne sektiererische Einengung dazu beitragen, die Zersplitterung linker demokratischer Opposition zu überwinden.

Wir wenden uns an alle jene, die ein anderes Deutschland wollen, die sich nicht mit der Zerstörung in Ostdeutschland und der Zementierung einer Zwei-Dritt-Gesellschaft in ganz Deutschland abfinden wollen, die Widerstand gegen die Rechtsentwicklung und den Großmachtkurs der BRD leisten wollen, die nicht vor den selbsternannten Siegern der Geschichte kapitulieren wollen.

Die PDS tritt zu den Wahlen 1994 als eine Partei mit einem Profil in dreifacher Hinsicht an:

* Die PDS ist eine linke sozialistische Oppositionspartei, sie will antikapitalistische und sozialistische Positionen – neu, modern, demokratisch, ökologisch, kultiviert – in die Politik der BRD einbringen.

* Die PDS ist eine Partei, die aus der DDR kommt und Interessen, Geschichte, Erfahrungen, Kultur der Ostdeutschen artikuliert.

* Die PDS ist eine Partei, die die Einheit Deutschlands nicht durch die Verwestlichung des Ostens, sondern durch eine neue Entwicklungsrichtung, die demokratische, soziale und ökologische Modernisierung der gesamten Bundesrepublik fordert.

a) Die PDS kandidiert zu den Europa- und Bundestagswahlen 1994 als PDS mit offener Liste.

b) Die PDS will ein Bündnis mit Persönlichkeiten aus sozialen, politischen und kulturellen Bewegungen aus dem linken, demokratischen, antifaschistischen Spektrum. Sie will kein direktes oder indirektes Parteibündnis.

Wir wollen eine Zusammenarbeit miteinander, die die weltanschauliche, politische oder religiöse Unterschiedlichkeit achtet und als gemeinsame Bereicherung versteht. Wir wollen zugleich eine Zusammenarbeit, die in zu vereinbarenden Grundfragen verlässlich ist und geprägt von gegenseitiger Solidarität und Verpflichtung füreinander.

Unser Angebot für eine gemeinsame Plattform zu den Europa- und Bundestagswahlen 1994 ist für einen demokratischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß mit kritischen Partnerinnen und Partnern außerhalb der PDS und in der PDS selbst offen ...

* die gegenwärtige Wirtschaftskrise der Bundesrepublik, Analyse Ost und West

— Spezielle Untersuchung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen mit besonderem Augenmerk auf den Mittelstand, das Handwerk und die Landwirtschaft. Aktuelle Statistik, eigene Recherchen der PDS, Branchenreports mit Analyse der Betriebsgrößenstruktur und der konkreten regionalen Wirtschaftskreisläufe, angestrebte Exkursion mit Betriebsbesichtigung

— „Thesen zu einem linken Wirtschaftsprogramm“ der AG Wirtschafts- und Arbeitspolitik aus Niedersachsen

— Thesen zu Wirtschaftsfragen eines PDS-Wahlprogramms und eines PDS-Rahmenkommunalwahlprogramms für Thüringen

* Neue Produktionskonzepte, „lean production“, „neuer Produktivkrafttyp“, Stellenwert in den Programmen der PDS und des BWK (siehe auch den neuen ARGE-Rundbrief, in dem eine Reihe Aufsätze zu diesem Thema veröffentlicht sind, die aus Diskussionen einer Arbeitsgruppe stammen, an der Genossen von Arbeitgemeinschaften, des BWK und der PDS-Grundsatzkommission teilnahmen)

— Krise der Gewerkschaftspolitik (Tafipolitik). Strategiediskussion in den Gewerkschaften. Hintergrundphilosophie

(Vorbereitungsgruppe)

phen wie z.B. Professor Frank Deppe — EG und Gewerkschaftspolitik, evtl. gestützt auf Beiträge in einem Schwerpunkttheft der *WSI-Mitteilungen* von Anfang dieses Jahres (Cornides, Feininger, Gerstenberger, gka)

Kurs Geschichte

1949: Politische Weichenstellung im Parlamentarischen Rat (West) und im Volkskongress (Ost)

1. Tag: Politische Spannbreite der Liberalen in West und Ost

2. Tag: Der Anti-Adenauer-Weg im christdemokratischen Lager scheitert. Kaisers Friedensburg. Die Politik der KPD im Parlamentarischen Rat

3. Tag: Die Politik der SPD und die Rolle Schumachers

4. Tag: Parlamentarischer Rat und Volkskongress im Vergleich anhand der Themen:

— Stellung zur Weimarer Verfassung (Freie Völker, Amerikanische Verfassung, Wahlen)

— Antifaschismus

— Wie wird die Staatsbürgerschaft geregelt

5. Tag: Fortsetzung vom 4. Tag/Ab schlüßberatung

(Vorbereitungsgruppe)

Termine

28. 8. Mitgliederversammlung der AG für Antifaschistische Bildungspolitik in Hannover. Auf der Tagesordnung steht u.a. Beschlusßfassung über die künftige Arbeit und Publikationen der AG.

25. 9. Bundes-Mitgliederversammlung der AG Stahl- und Metallindustrie. Würzburg, Jugendgästehaus.

26. 9. Herausgeberkreis des Nachrichtenhefts Kritik und Widerstand, a.a.O.

16./17. 10. Herbstkonferenz der 13. BWK-Bundesdelegiertenkonferenz.

6. 11. Herbsttagung der GNN-Verlage in Köln.

7. 11. Herbsttagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln.

27./28. 11. Bundeskongreß der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in Köln.

Urabstimmung im BWK LV Hamburg

Die Mitgliederversammlung des Bund Westdeutscher Kommunisten, Landesverband Hamburg, hat am 5. Juni 1993 beschlossen, sich mit der „Arbeitsgemeinschaft BWK in der PDS/LL Hamburg“ zur „Arbeitsgemeinschaft Bund Westdeutscher Kommunisten bei der PDS/LL Hamburg“ zu verschmelzen und darüber eine Urabstimmung durchzuführen.

Die Unterlagen für diese Urabstimmung werden spätestens bis 14. Juli 1993 bei allen Mitgliedern eingehen. Die ausgefüllten Stimmzettel müssen bis zum 6. September 1993, 18 Uhr, bei dem vom Bundesvorstand des BWK beauftragten Rechtsanwalt eingegangen sein. Wer bis zum 16. Juli 1993 keine Unterlagen erhalten hat oder Fragen zur Durchführung der Urabstimmung hat, kann sich an den Bundesvorstand des BWK wenden (Anschrift: Zülpicher Str.

7, 50674 Köln, Tel.: 0221/216442).

Der Text der Urabstimmung lautet: Die Mitgliederversammlung des Landesverbands Hamburg des BWK hat am 5. Juni 1993 beschlossen:

„Der Landesverband Hamburg des BWK verschmilzt sich mit der Arbeitsgemeinschaft BWK in der PDS/LL Hamburg zur „Arbeitsgemeinschaft Bund Westdeutscher Kommunisten bei der PDS/LL Hamburg“. Das Vermögen des Landesverbandes Hamburg geht mit der Verschmelzung auf die Arbeitsgemeinschaft über.“

Ich stimme mit Ja/Nein/Enthaltung

Hiermit ist die Urabstimmung ausgeschrieben.
(BWK-Bundesvorstand)

Kursbeschreibungen

Kurs Philosophie

Studiengruppe „Kommunikatives Handeln“ bzw. „Kommunikative Kompetenz“ in der Kritischen Theorie

Auf vielfachen Wunsch aus der Studiengruppe „Einführung in die Kritische Theorie“, die im vorigen Sommer in Schnepfenthal vor allem mit dem Text *Dialektik der Aufklärung* gearbeitet hat, sollen in diesem Sommer Schriften gelesen werden, die sich mit der „Theorie vom kommunikativen Handeln“ bzw. „kommunikativen Kompetenz“ beschäftigen.

Der Wunsch nach der Beschäftigung mit gerade diesem Themenkreis hat sich aus Problemen der politischen Praxis ergeben, in der Kommunikationsproble-

Kurdischer Alltag — alltäglicher Terror



Auf Einladung der türkischen Erdölarbeitergewerkschaft Petrol-Is besuchten Ende Mai 1993 36 Delegierte, Mitglieder der IG-Medien/dju, ÖTV, GEW, HBV, IG Metall, IG Chemie und GdED aus Hamburg, Bremen, Hannover und Norderstedt sowie Ärzte und Rechtsanwälte die Provinz Batman in Kurdistan. Trotz oder gerade wegen der mas-

Bild links: Neu herausgegeben: die kurdische Tageszeitung Özgür Gündem mit einer Auflage von 50000. In 8 Monaten wurden 39 Ausgaben beschlagnahmt, 8 ihrer Redakteure und 2 Verteiler ermordet (siehe auch das Interview mit dem Herausgeber auf S. 4). (Foto: mü)

siven Behinderung durch Polizei und Militär, die die Delegation erfuhr, konnte sie feststellen, daß das türkische Regime seinen Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk unvermindert fortsetzt. Während des Aufenthaltes drang die Polizei in das Gewerkschaftshaus in Batman ein, bedrohte Freunde und Kollegen und untersagte Filmaufnahmen und Interviews. Auf einer Rundreise über Nusaybin, Cizre und Sirnak wurde die Delegation 13 mal von Militär und Polizei aufgehalten und schließlich fünf Stunden festgesetzt. Kontakte mit der Bevölkerung, Gespräche mit örtlichen Vertretern, Foto- und Filmaufnahmen waren mit wenigen Aus-

nahmen, strikt verboten. Trotz der Behinderung gelang es, Fotos aufzunehmen, die einen Einblick geben in das alltägliche Leben des kurdischen Volkes unter dem Terror des türkischen Regimes. Wenn nicht anders bezeichnet, sind die hier dokumentierten Aufnahmen von E. Lechner. Wer darüber hinaus Interesse hat, kann sich eine Diaserie ausleihen bei E. Lechner, Tel. 040 / 5223567. Die politischen Eindrücke und Ergebnisse der Delegation sind ausführlicher dargelegt in einem Bericht, der u.a. in den *Lokalberichten Hamburg* und im *Kurdistan-Rundbrief* veröffentlicht wurde. — (ed)



Kontrolliert: täglich, ständig auf Kurdistans Straßen — Personen, Vieh und Fahrzeuge. Spott in den Gesichtern der Leute, denn Schikanen bleiben heute aus, weil ausländische Zuschauer dabei sind.



Erschossen, ermordet wie hundert andere im Laufe des Jahres: E. Schuster aus Batman, 1992 in den Straßen von Batman fotografiert.



Zerstört ist die Stadt Sirnak vor allem seit den Bombardierungen Ende letzten Jahres.



Entschlossen für ein freies Kurdistan: ein von seinem Land vertriebenes kurdisches Ehepaar auf einer kurdischen Hochzeit in Istanbul.



Bedroht ist die Existenz von 5000 Erdölarbeitern in Batman, weil der türkische Staat die Förderanlagen schließen will. (Foto: Birke)



Ruiniert ist das Leben der Hirten und Nomaden, seit die türkische Regierung ihnen den Weidewechsel auf die kühlen Höhen im Nordirak untersagt. Die sommerliche Hitze im Tal läßt die Tiere abmagern und krepieren.



Verlassen sind ganze Dörfer und Regionen: ihre Bewohner werden weggebombardiert oder zwangsumgesiedelt, weil sie sich z.B. weigern, sogenannte „Dorfschützer“ — bewaffnete Einheiten, die mit der türkischen Armee zusammenarbeiten — zu stellen.

Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen
Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

o Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

o 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
o im Halbjahres-/Jahresabo (32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)
o im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).
o Halb-/Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

Name:
Straße:
Postleitzahl/Ort:
Konto-Nr./BLZ:

(Bank) Unterschrift

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan zu erreichen über: Kurdistankomitee, Hansaring 66, 50670 Köln; Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 6800 Mannheim 1).

Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 22087 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Werner Thümmler (über: GNN, Czerninstr. 5, 10829 Berlin).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel.

0221/211658, Datentelefon: 0221/246915, Telefax:

0221/215373 Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 3701005, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 1144393600.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet

32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65,- DM (Förderabo 78,-

DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rudiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Kultur und Wissenschaft: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit:

Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalteile, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalteile, Nachrichtenverband bayrischer Betriebs- und Lokalteile.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG

Stahl- und Metallindustrie, AGM, der AG Medien in

der Volksfront; AGMe des NH Chemische Industrie;

AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe; AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik; AGG, der AG gegen Militarismus und

Repression in der Volksfront; AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik; AGB, der AG für Kommunalpolitik; AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront; VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4513 Essen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.H. 50674 Köln, Zülpicher Straße 7

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 22087 Hamburg

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czerninstr. 5, 10829 Berlin

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 30165 Hannover

GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zülpicher Straße 7, 50674 Köln

GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 110822, 60043 Frankfurt

GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz

für Bezieher aus Ostdeutschland

GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz